Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Vethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7839

Nr. 31. **Magdeburg, Donnerstag, den 6. Februar 1902.** **13. Jahrgang.**

Dreißig Jahre Republik.

Die französische Regierung trifft ihre Vorbereitungen für die demnächst stattfindenden Kammerwahlen. Waldeck-Rousseau hat erst kürzlich in einer Rede sein Programm entwickelt, Millerand hat sich ebenfalls in einer Rede nach wie vor als Sozialist bezeichnet. Jetzt wird eine Flugschrift bekannt, die die Wahlaussichten für die republikanische Regierung in eben dem Maße verbessern dürfte, wie es die der klerikalen, nationalistischen und royalistischen Reaktion verschlechtern wird. Unter dem Titel „Dreißig Jahre Republik" haben der französische Senator Delpech und der Gymnasialprofessor Lamy im Hinblick auf die nächsten Abgeordnetenwahlen eine Flugschrift veröffentlicht, die eine Reihe sehr interessanter Ziffern enthält und die den Kandidaten wie den Wählern große Dienste leisten dürfte. Nachstehend geben wir einige der Zusammenstellungen wieder:

Budget von 1869: Einnahmen 2 282 799 663 Frank, Ausgaben 2 225 943 184 Frank. Budget von 1901: Einnahmen 3 554 514 418 Frank, Ausgaben 3 554 065 962 Frank. Das Anwachsen des Budgets ist in erster Linie der ausgiebigen Dotierung der öffentlichen Dienstzweige zuzuschreiben, wie dies aus folgender Tabelle hervorgeht:

	1869	1901
	Millionen Frank	
Oeffentliche Bauten	199	218
Ackerbau und Handel	14	44
Oeffentlichen Unterricht	38	222
Krieg	121	693
Marine	182	328

Die Zinsen der Staatsschuld sind von 1876 bis 1890 um 160 Millionen gestiegen, was zu 4 Prozent berechnet einen Zuwachs der Staatsschuld um 4 Milliarden ausmacht, indes die nützlichen Ausgaben 6 Milliarden überstiegen, so daß die Republik in 15 Jahren über 2 Milliarden erspart hat. In der gleichen Zeit wurden 2120 Millionen der Staatsschuld getilgt und die dreiprozentige Rente, die zu Beginn der Republik auf 55 Frank stand, überstieg den Pari-kurs, den sie unter keinem der früheren Regimes erreicht hatte. An Steuerentlastungen, die zusammen 350 Millionen das Jahr erreichen, hat die dritte Republik vorgenommen: Herabsetzung des Briefportos von 25 auf 15 Centimes (1878), Aufhebung des Stempels von 25 Centimes für Geldsendungen (1878), Herabsetzung der Worttaxe für Telegramme auf 5 Centimes, Aufhebung der Oelsteuern (22. Dezember 1878), Entlastung der Geschäftssteuer (30. Juli 1879), Entlastung des Zuckers (1880 und 1884), Abschaffung der Schiffahrtssteuer (1884), Abschaffung der Papiersteuer (1885), Entlastung der neubepflanzten Weinberge von der Grundsteuer (1887), Steuerfreiheit für das in der Landwirtschaft verwendete Salz (1896), Entlastung der hygieinischen Getränke (1900).

Das Anwachsen des Kriegsbudgets ist hauptsächlich durch die Erhöhung der Bezüge veranlaßt worden. So erhielten:

	1870	1891
	Frank	
Unterlieutenants	1850	2340
Hauptleute	2750	3500—5000
Oberste	6000	8136

Die Militärdienstzeit wurde 1889 von fünf auf drei Jahre herabgesetzt.

Seit der Einführung des unentgeltlichen und obligatorischen Volksschulunterrichts (1881) ist die Zahl der Schulkinder um 850 000 gewachsen. 1870 betrug der Prozentsatz der Analphabeten noch 25 Prozent bei den Männern und 87 Prozent bei den Frauen; 1898 hingegen nur noch 4 bezw. 7 Prozent. Die Zahl der Lehrer stieg in 20 Jahren um 30 Prozent, die der Lehrerinnen um 44 Prozent. Im Jahre 1889 waren die Volksschulen von 5 638 400 Kindern besucht. 1880 wurde der Mittelschulunterricht für Mädchen geschaffen. Die Zahl der Hochschüler stieg von 1876 bis 1900 von 6000 auf 29 377.

Auf gesetzgeberischem Gebiete hat die Republik viel geleistet: das Erbrecht der anerkannten natürlichen Kinder (1896), Erleichterung der Heiratsverfügungen (1896), Zulassung der Frauen als Zeugen beim Standesamte (1897), Reform der strafgerichtlichen Untersuchung (1897), Erleichterung der Rehabilitierung, Strafaufschubs-Gesetz Berenger, Ehescheidungs-Gesetz Naquet, Herabsetzung des legalen Arbeitstages in der Industrie von 11 auf 10½ und von 1904 ab auf 10 Stunden.

In 24 Jahren wurden 144 000 Kilometer Landstraßen geschaffen und 1851 Kmtr. Kanäle gebaut. Die Zahl der Reisenden der Eisenbahnen stieg von 114 Millionen (1872) auf 385 Millionen (1898). Für die Landwirtschaft wurde sehr viel gethan: Prämien an die Hanf-, Leinen- und Seiden-Kultur, an die Seidenspinnerei, Zuckerprämien, Beschützung der Naturweine vor der Konkurrenz der Kunstweine, Vorschriften über den Butterhandel usw.

Die Industrie verbrauchte an Kohlen im Jahre 1876 24½ Millionen Tonnen, 1899 dagegen 40 Millionen Tonnen. Die Zahl der Maschinen ist in der gleichen Zeit von 26 000 auf 73 000 gestiegen.

An Kolonien hat die dritte Republik zurückgewonnen, was die Monarchie verloren hatte. Das Kolonialgebiet Frankreichs betrug im Jahre 1870 804 101 Quadratkilometer, im Jahre 1900 10 699 613 Quadratkilometer.

Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung": „Das sind bemerkenswerte Ziffern, die einen erfreulichen Fortschritt bezeichnen. Aber die Franzosen dürfen nicht übersehen, daß der Fortschritt noch weit größer gewesen wäre, wenn die Republik nicht so lange um ihre Existenz zu kämpfen gehabt hätte. Was die Republik für das Land leistete, das that sie in den Jahren 1877 bis 1884 und 1899 bis jetzt; in der Zwischenzeit von 1884 bis 1899 lag ihre Reformthätigkeit vollständig [illegible], man müßte denn die Melinesche Schutzzöllnerei als ein republikanisches Werk ansehen. In dieser Zeit hatte sich die Republik schwerer Angriffe zu erwehren. Die monarchistisch-reaktionäre Koalition, die von den Jesuiten geleitet wurde. Sie trug Zwiespalt in die republikanische Partei, in der sich Gemäßigte und Radikale bekämpften, sie förderte den Boulangismus, sie erregte den Panama-Skandal, sie schuf die Affaire Dreyfus, und so brachte sie es schließlich fertig, daß Republik und Parlamentarismus der öffentlichen Verachtung anheimfielen und Frankreich sein moralisches Ansehen in der Welt völlig einbüßte. Es bedurfte einer außerordentlichen Kraftanstrengung der Republikaner, um die Republik aus dem tödlichen Sumpfe, in den die Reaktion sie geführt hatte, wieder herauszuziehen. Das Rettungswerk ist gelungen, die Republik hat die Pläne ihrer Feinde vereitelt und ihre Reformthätigkeit frisch wieder aufgenommen."

Auch die freikonservative „Post" druckt die obigen interessanten Zahlen ab und macht dazu die naive Bemerkung: „Diese kurze interessante Zusammenstellung aller Daten, die die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Frankreichs unter der Herrschaft der Republik in das rechte Licht rücken, wird den Freunden der jetzigen Regierungsform im bevorstehenden Wahlkampf zur wertvollen Waffe gegen alle Gegner des jetzigen Regimes dienen, die nicht müde werden, täglich zu versichern, daß die Republikaner das Land politisch wie finanziell dem Ruin entgegenführten."

Dieses Lob der republikanischen Regierungsform macht sich im Munde eines Blattes, das in Deutschland alle republikanisch Gesinnten noch hinter Räuber und Mörder einrangiert, recht niedlich. Vielleicht hat das Blatt gelernt, oder es ist anläßlich der Zollverwirrung und des in Gefahr geratenen Brotwuchers wieder einmal mit einer Revision seiner monarchischen Gesinnung beschäftigt. Jedenfalls werden wir uns dieses Lob der Republik seitens der „Post" merken und es ihr bei passender Gelegenheit wieder unter die Nase halten. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 5. Februar 1902.

Aus dem Reichstage.

Ein Anfang zum Reichsarbeitsamt. — Patentfragen. — Die Mängel der Unfallversicherung.

bg. **Berlin,** 4. Februar. Der Reichstag rückte heute in der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern um drei Kapitel vor. Beim Statistischen Amt wurde die neu geschaffene Abteilung für Arbeiterstatistik, die an Stelle der Kommission für Arbeiterstatistik treten soll, ausführlich erörtert. Graf Posadowsky wiederholte seine Erklärungen aus der Kommission, wonach die neue Behörde dieselben Rechte wie die Kommission für Arbeiterstatistik haben, selbständig gesetzgeberische Vorschläge machen und Arbeiter und Unternehmer in bestimmten Fällen als Sachverständige hinzuziehen kann. Genosse Bebel bezeichnete die neue Einrichtung als einen Fortschritt auf dem Wege zu einem selbständigen Reichsarbeitsamt.

Beim Patentamt wurde neben Beschwerden gegen die bureaukratische Führung der Geschäfte durch den Präsidenten des Patentamtes hauptsächlich das schweizerische Patentgesetz erörtert. Es läßt für In- und Ausländer Patente nur für solche Erfindungen zu, für die ein Modell geliefert wird. Chemische Konkurrenz-Fabriken an der Grenze sollen sich diese Bestimmung durch Nachahmung deutscher Patente nutzbar machen. Von schutzzöllnerischer Seite wurden scharfe Maßregeln gegen die Schweiz vorgeschlagen, um sie zu zwingen, ein anderes Patentgesetz zu erlassen. Graf Posadowsky erklärte, daß bei dem nächsten Handelsvertrag mit der Schweiz eine solche Forderung erhoben werden würde. Zu den Schutzzöllnern gesellte sich merkwürdigerweise auch der freisinnige Abg. Müller-Meiningen.

Genosse Stadthagen wies die Absicht, die Rechte eines autonomen Staates zu schmälern, entschieden zurück und betonte, daß der Erfinder den geringsten Nutzen von seiner Erfindung hätte, deren Ausbeutung in die Hand kapitalkräftiger Fabrikanten übergehe.

An dritter Stelle kam das Reichsversicherungsamt zur Verhandlung. Hier ging Stadthagen in einer großen Rede energisch gegen die Uebelstände auf dem Gebiete der Unfallversicherung vor. Er tadelte die hohen Gehälter der Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften, das System der Vertrauensärzte mit den Unbilligkeiten für die Arbeiter, stellte fest, daß die Lasten der Unternehmer durch die Unfallversicherung sich nur auf 8/10 Pfennig pro Kopf und Arbeiter in der Industrie, und 2/10 Pfennig in der Landwirtschaft beliefen und forderte volle Entschädigung der Unfälle und Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung. Graf Posadowsky versprach nähere Untersuchung über den Fall des famosen Vertrauensarztes Blasius. — Morgen wird die Beratung des Etats des Reichsmarineamts angefangen. —

Kunst und Zunft vor dem Abgeordnetenhause.

H. **Berlin,** 4. Februar. Im Abgeordnetenhause wurde heute der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung in Angriff genommen. Nach einer längeren Erörterung über die Baugewerkschulen kam es zu einer pikanten Debatte über die Erzeugnisse der Porzellanmanufaktur. Die Reden des Kaisers über die Kunst wirkten in einzelnen Aeußerungen nach, wenn sie auch nicht direkt herangezogen wurden.

Die Herren vom Centrum machten wieder einmal einen kleinen Vorstoß gegen die moderne Richtung. Die in der Porzellanmanufaktur hergestellten Figuren haben sich im letzten Jahre in Bezug auf mangelhafte Bekleidung nichts zu schulden kommen lassen, aber sie sind dem Herrn Dittrich, einem ehrwürdigen Pfarrer, und Herrn Grand-Ry, einem flotten Gutsbesitzer, zu „modern". Unter „modern" verstehen diese Herren merkwürdigerweise verzerrte menschliche Körper. Von den Herren der schwarzen Mitte ist man seit den Tagen der Lex Heinze an solche „Verzerrungen" gewöhnt.

Schlimmer waren die Entschuldigungsversuche des Ministers für Handel und Gewerbe, des ehemalig nationalliberalen Herrn Möller vor den Herren vom Centrum, am schlimmsten seine eigenen Urteile über die moderne Richtung. In diesen machte sich ein recht philiströser kunstfremder Geist bemerkbar. Auch Herr Möller kennt in der modernen Kunst Verzerrungen des menschlichen Körpers, die geradezu erschreckend häßlich sind. Zum Glück sind aber in der Porzellanmanufaktur „wirkliche Häßlichkeiten nicht vorgekommen" und es wird auch streng darauf gehalten, daß die alte Schule nicht angetastet wird.

Frei von banausischen Gedanken waren die Worte, di der freisinnige Abg. Kindler, ein Architekt, den Ultramontanen erwiderte und auch Herr Felisch meinte, aus geschäftlichen Rücksichten empfehle sich stärkere Bevorzugung des Modernen. Er hat vielleicht etwas davon läuten gehört, daß unsere Porzellanmanufaktur durchaus nicht an der Spitze marschiert, daß sie von der Kopenhagener bei weitem übertroffen wird.

Der zweite Teil der Sitzung wurde mit einer langen Zünftlerdebatte ausgefüllt. Die Konservativen hatten den Antrag gestellt, Preußen möge im Bundesrat dahin wirken, daß dem Reichstag bald ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der für alle Handwerke den Befähigungsnachweis vorsieht. Das Centrum hatte sich dem Antrag angeschlossen und hinzugefügt, daß mindestens für das Baugewerbe der Befähigungsnachweis verlangt werden müsse. Die lange Erörterung ergab nichts Neues, die alten Gründe für und wider wurden von neuem aufgetischt. Freisinnige und Nationalliberale widersetzten sich dem zünftlerischen Verlangen und auch der Minister Möller verhielt sich hier ziemlich kühl abweisend. Er will keine Reform auf diesem Gebiete, nachdem eben erst das Handwerkskammergesetz in Kraft getreten ist.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt. Vorher steht noch das Gesetz betr. die Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu den Kreisabgaben auf der Tagesordnung. —

Die Verwirrung unter den Zollwucherern

wird immer größer. Während die „Deutsche Tageszeitung" nach wie vor mit lärmender Energie für die extremsten Brotwucherforderungen eintritt, kommen aus der gouvernementalen konservativen Presse, besonders aus der „Kreuzzeitung", schon Klänge, die zum Frieden mit der Regierung

mahnen. „Sodann müssen wir von neuem betonen", so schreibt dieses Blatt, „daß von der Mehrzahl derjenigen parlamentarischen Kreise, die der Landwirtschaft die Existenzmöglichkeit gesichert wissen möchten, die in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mindestsätze für Getreide nicht als ausreichend betrachtet werden. Aufgabe dieser Kreise muß es nach unserer Auffassung sein, auf die gleichgesinnten Mitglieder der Tarifkommission dahin einzuwirken, daß sie sich schleunigst über bestimmte Anträge auf Erhöhung jener Sätze einigen. Diese Anträge werden allerdings so zu gestalten sein, daß sie nicht mit Sicherheit als den verbündeten Regierungen unannehmbar betrachtet werden können. . . . Wenn jedoch die Kommission hierzu nicht schleunigst das ihrige thut, so kann es dahin kommen, daß der Tarifentwurf nicht an der Obstruktion der Linken, auch nicht an dem Widerstande der verbündeten Regierungen scheitert, sondern an der Unfähigkeit der schutzzöllnerischen Mehrheit, sich über bestimmte Vorschläge zu einigen."

„An der Unfähigkeit der schutzzöllnerischen Mehrheit" wird die Brotwuchervorlage in der That scheitern. Entweder in dem Sinne wie es die „Kreuzzeitung" selbst schreibt, oder aber an der Unfähigkeit der Schutzzöllner, sich in ihrer Profitgier irgend welches Maß und Ziel auferlegen zu können.

Auch aus der offiziösen Presse schallt es immer energischer heraus. Die Münchener „Allg. Ztg." schreibt kurz und bündig: „Denn ein Tarif, der unbrauchbar ist für den Abschluß von Handelsverträgen, hat überhaupt keinen Sinn." Das ist gleichzeitig die schärfste Kritik der Regierungsvorlage, denn sie ist total unbrauchbar für den Abschluß von Handelsverträgen.

Also in den Orkus mit der Wuchervorlage! —

Deutschland.

Berlin, 5. Februar. Die Budgetkommission des Reichstages gedenkt die ihr überwiesenen Etats bis Ende dieses Monats durchzuberaten, so daß die Möglichkeit vorliegt, die Etats bereits im Plenum um die Mitte des März zum Abschluß zu bringen. —

— Gelegentlich der zwischen Vertretern der Posener Regierung und dem Wreschener Schulvorstand gepflogenen Verhandlungen wurde diesem eröffnet, daß die Regierung die der katholischen Schulgemeinde Wreschen bisher jährlich gewährte Staatsbeihilfe von 5400 Mark zurückziehe. —

— Freiherr von Heyl zu Herrnsheim hat der „Frankf. Ztg." aus Berlin mitgeteilt, daß die von ihr veröffentlichte Nachricht, die nationalliberale Fraktion habe ihm nahegelegt, aus der Zolltarifkommission auszuscheiden, völlig unwahr ist. —

— Im Reichsamte des Innern ist ein Fragebogen ausgearbeitet worden, der sich auf die von der bayerischen Regierung beantragte Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe bezieht. Dieser Fragebogen soll durch die Bundesregierungen den Handwerkskammern zugehen. —

— **Die Zolltarifkommission** des Reichstages beschäftigte sich in der ganzen Sitzung mit dem § 9 des Zolltarifgesetzes, der über die Einfuhrscheine und Transitlager handelt. Die von agrarischer und schutzzöllnerischer Seite gestellten Anträge wurden vom Grafen Posadowsky und anderen Vertretern der Regierung bekämpft. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. —

— **Ueber die „trostlose Oede" im Reichstag** schreibt die „Nationalzeitung" u. a.: „Am vollsten, so weit man bei diesem Anblick überhaupt von „voll" reden darf, ist es noch in den Reihen der äußersten Linken — die sozialdemokratischen Berufsparlamentarier liefern durch ihre Anwesenheit in dem leeren Hause den Beweis, wie gänzlich die Diätenlosigkeit des Reichstags den Zweck verfehlt hat, ihr Aufkommen zu erschweren." —

— **Für die Kanalfronde** scheint sich Bülow doch noch eine kleine Rache aufgespart zu haben. Wie der konservative Landtagsabgeordnete Prätorius am Sonntag in einer Versammlung erklärte, ist nach Aeußerungen des neuen Ministers des Innern anzunehmen, daß bei Nach- oder Neuwahlen zum Abgeordnetenhause nur solche Kandidaten Gnade vor den Augen des Herrn Ministers finden, welche gesonnen sind, für den Mittellandkanal zu stimmen. Selbst Kandidaten für Landratsämter, welche von den Kreistagen präsentiert werden, sollen vor der Bestätigung auf ihre Kanalfreundlichkeit geprüft werden. — Abwarten, wie „der Hase läuft", citieren wir frei nach Bülow. —

— **Von einer neuen Verstimmung zwischen England und Deutschland** wissen verschiedene Blätter zu berichten. Sie stützen sich auf den Umstand, daß der Prinz von Wales nicht, wie im Reiseprogramm vorgesehen war, fünf, sondern nicht einmal volle drei Tage in Berlin geweilt habe. Der über alles besser unterrichtete Berliner „Lokal-Anzeiger" weiß aber wieder von „vorzüglich unterrichteter Seite", daß der Besuch des Prinzen von Wales, was seine Dauer und die sonstigen äußeren Umstände betrifft, vollständig programmmäßig verlief. Von einem „Mißklang" — wie in Provinzblättern behauptet — könne keine Rede sein. Das genannte Blatt kann noch hinzufügen, daß der Besuch des Prinzen von Wales zu einer gegenseitigen loyalen und offenen Aussprache über die Bülow-Chamberlain-Affaire geführt hat, und daß diese Aussprache, weit entfernt, mit einem Mißklang zu enden, in ihrem ganzen Geiste und Inhalte wesentlich dazu beitrug, daß man in maßgebenden deutschen und englischen Kreisen den Zwischenfall für definitiv abgethan hält. — Wer Lust hat, dem „Lokal-Anzeiger" zu glauben, mag das thun. —

Weimar, 3. Februar. Im Landtage erklärte der Abteilungschef für das Innere, Geheimrat v. Wurmb, die Regierung denke nicht daran, die Aufenthaltsbeschränkung der Sachsengänger gesetzlich zu regeln, da eine solche Beschränkung nicht im Interesse der Landwirtschaft liege. —

Frankreich.

Kammerkandidatur.

ac. In Albi wurde am vergangenen Sonntag der Genosse Jean Jaurès als Kandidat für die nächsten Wahlen wieder aufgestellt. —

Italien.

Der Prozeß gegen Pallizzolo,

der bekanntlich angeklagt ist, die Ermordung des Bankdirektors Notarbartolo von Palermo veranlaßt zu haben, geht in Bologna noch immer weiter. Man ist jetzt beim 67. Verhandlungstage angelangt. Wichtig waren die Aussagen des Polizeichefs von Palermo, des Herrn Sangiorgi, welche dieser Tage erfolgten. Er erklärte, daß die öffentliche Meinung den Pallizzolo vom ersten Tage an als den Urheber des Mordes bezeichnet habe. Pallizzolo sei eines solchen Verbrechens auch fähig und imstande gewesen, es zur Ausführung zu bringen, denn er sei von Leuten sehr zweifelhaften Rufes umgeben gewesen. —

Amerika.

Die erste sozialistische Konsumgenossenschaft

ist vor kurzem in Chicago gegründet worden. Mitglied kann jedermann werden durch Einzahlung von 20 Mark, aber nur Mitglieder der sozialistischen Partei gelten als aktive Mitglieder und nur sie haben Abstimmungsrecht. 1/8 des Ueberschusses wird dem Agitationsfonds der sozialistischen Partei überwiesen, 1/8 wird als Reservefonds zurückgelegt, die übrigen 3/4 werden als Dividende verteilt. Glückt dieses Unternehmen, so sollen auch in anderen Städten der Vereinigten Staaten solche gegründet werden. —

Kleine politische Nachrichten. Ein Dante-Denkmal für Berlin als Gegengeschenk für das von dem Kaiser der Stadt Rom gestiftete Goethe-Denkmal wurde im Römischen Stadtrat zum Vorschlag gebracht. — Die Vorsitzenden der Aufsichtsräte des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie, Plate und Tietgens, sowie die General-Direktoren der beiden Gesellschaften Wiegand und Ballin reisten gestern mit dem Lloyddampfer „Kaiser Wilhelm der Große" nach New-York ab. — Graf Osten-Sacken feierte gestern sein 50jähriges Dienstjubiläum. Der Botschafter ist seit dreißig Jahren in diplomatischer Stellung im Deutschen Reiche thätig. Der Kaiser erwies dem Jubilar Ehrungen. Auffallend war es, so bemerkt bei diesem Anlaß die „Rhein.-Westf. Ztg.", daß soeben bei dem Geburtstag Minister Thielens, der die längste Amtszeit unter dem Kaiser Wilhelm hinter sich hat, der Kaiser diesen Staatsmann nicht in irgend einer Weise ausgezeichnet hat. —

Der holländische Friedensvermittelungsversuch

hat mit einem Mißerfolg geendet, wie aus dem jetzt veröffentlichten Notenwechsel hervorgeht. Die Mitteilung der niederländischen Regierung hatte sich auf die außergewöhnliche Lage der Buren, deren europäische Delegierte sich nicht mit den im Felde stehenden Buren verständigen könnten, berufen und damit ihren Schritt der Offerierung guter Dienste begründet.

Die Antwort der englischen Regierung an die niederländische zollt den menschenfreundlichen Beweggründen des niederländischen Anerbietens, welches ohne Ermächtigung der Delegierten der Buren und der Burenführer gemacht sei, Anerkennung, hält jedoch den Entschluß aufrecht, keine Intervention einer fremden Macht anzunehmen. Die Buren-Delegierten könnten, wenn sie wollten, sich freies Geleit erbitten, die englische Regierung werde ihre Entscheidung darüber je nach Inhalt und Begründung des Gesuches treffen. Sie sehe nicht, daß die Delegierten noch irgend einen Einfluß auf die Vertreter der Buren in Afrika haben, sie meine, daß alle Regierungsgewalten sich in den Händen Steijns und Schalk Burgers befinden. Dann sei aber das schnellste und wirksamste Mittel, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, sich in direkten Verkehr mit den Führern der Buren in Afrika und mit Kitchener zu setzen, welcher schon Befehl erhalten habe, jeden Vorschlag der ihm gemacht werde, sofort nach London zu berichten. Wenn die Burenführer unterhandeln wollen, um dem Kriege ein Ende zu machen, so habe die Regierung dahin entschieden, daß die Verhandlungen in Afrika stattfinden müßten, nicht in Europa. Die vorgeschlagene Reise der Delegierten würde mindestens drei Monate dauern, während welcher Zeit die Feindseligkeiten unnötig verlängert werden würden.

Die englischen Blätter sind mit dieser Antwort sehr zufrieden. Mehrfach wird darauf hingewiesen, daß bei aller Entschiedenheit doch eine Friedenshoffnung durchscheine, da der englischen Regierung die dreimonatliche Reise für die Friedensvermittlung schon zu lange währe. —

Aus der Parteibewegung.

Der Parteikonflikt in Nürnberg

beschäftigte am Freitag die Generalversammlung des dortigen Sozialdemokratischen Vereins. In einer außerordentlichen Sitzung des Partei-Ausschusses, die vor einigen Wochen zu dem Zwecke einberufen war, um die Zerwürfnisse zwischen einzelnen Genossen auszugleichen und eine Verständigung herbeizuführen und an der vom Berliner Parteivorstand die Genossen Pfannkuch und Gerisch teilnahmen, hatte Genosse Scheidemann in Erwiderung eines Angriffs gegen den Genossen Herrmann den Vorwurf erhoben, daß dieser der Miturheber eines in dem freisinnigen „Fränk. Kur." erschienenen, Parteiangelegenheiten behandelnden Artikels sei. Dieser Artikel war im Jahre 1900, kurz nach dem Tode Oertels erschienen und berichtete über eine Zusammenkunft einer Anzahl von Parteigenossen, die mit dem Vorgehen der Nürnberger Parteileitung bei der Uebernahme des Parteigeschäfts nicht einverstanden waren.

Kleines Feuilleton.

Drittes Volkskonzert des Städtischen Orchesters in Reids Etablissement. (Leitung: Kapellmeister Josef Krug-Waldsee.)

Jetzt ist Herr Krug-Waldsee völlig eins geworden mit dem Orchester. Wir haben fast leider nur in den Volkskonzerten Gelegenheit, die Wirksamkeit unseres städtischen Dirigenten zu verfolgen. Es war wohl erklärlich, wenn er zu Anfang noch nicht die Uebersicht über die Leistungsfähigkeit des Orchesters im einzelnen und in seiner Gesamtheit hatte, wie sie eben nur ein längeres Miteinanderarbeiten ermöglicht. Beim vorigen Konzert war schon ein erfreulicher Fortschritt zu konstatieren und am Montag gar waren wir entzückt über die Sicherheit einerseits und die Feinfühligkeit andererseits, mit der Herr Krug-Waldsee seines Amtes waltet. Jetzt weiß er genau, was er den einzelnen Künstlern zutrauen darf, und so versteht er auch, den musikalischen Gehalt jedes einzelnen Stückes, besonders den der zarten und graziösen Tonwerke, bis auf die feinste Nuance zu entschleiern. Besonders trat dies bei den eigentlichen Konzertpiecen in die Erscheinung, die nicht auch gleichzeitig von den Kollegen des Herrn Krug-Waldsee am Stadt-Theater dirigiert werden, die sozusagen sein geistiges Eigentum sind. In der Balletsuite Delibes', die zierlich und reizvoll dahinschwebt wie eine Tänzerin mit ihren zarten leichten Gewand aus Mull und Spitzen, in der lieblichen Ballettmusik Schuberts aus „Rosamunde", aber auch in der gewaltig dahinbrausenden symphonischen „Mazeppa"-Dichtung Liszts ließ Herr Krug-Waldsee nichts zu wünschen übrig. Natürlich wurden die übrigen Nummern des reichhaltigen, vielleicht zu vielseitigen Programms gleichfalls vollendet zu Gehör gebracht, so Webers kernige, schlichte „Freischütz"-Ouverture, Wagners geheimnisvoll auf den Gral hindeutendes Vorspiel zu „Lohengrin" und auch die gegen die anderen Teilen so stark abfallende „Tell"-Ouverture Rossinis und eine Phantasie aus Verdis „Traviata". Der dritte Teil des Programms brachte neben zwei reizenden Sachen für Streichinstrumente (Gillet, Sommeil d'enfant und Rubinstein, Toreador et Andalouse) zwei Musikstücke leichteren Genres, Suppés Ouverture zu „Dichter und Bauer" und ein Potpourri aus Strauß' „Lustiger Krieg".

Für das Programm des nächsten Konzertes sprechen wir den Wunsch aus, daß darin auch die zeitgenössischen Komponisten berücksichtigt werden mögen. Ein Richard Strauß, ein Max Schillings, ein Thuille, ein Hans Pfitzner und manche andere ernst strebende Künstler haben ein Anrecht darauf, vor das Volk gebracht zu werden. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß deren Musik vom Volke nicht verstanden würde. Wir wissen für das Gegenteil recht charakteristische Beispiele.

Das Konzert war erfreulicherweise sehr stark besucht. Um so mehr ist das Publikum verpflichtet, Selbstzucht zu üben. Man lehne es konsequent ab, während eines Musikstückes sich von den zum Teil herzlich unmusikalischen — um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen — Kellnern bedienen zu lassen, man lege sich im Rauchen mehr Beschränkung auf, man teile die Aufmerksamkeit nicht zwischen Häkelarbeit und Musik, man lasse die Kinder zu Hause und auf den Galerien halte man während des Spiels die Füße recht still, damit die darunter Sitzenden auch etwas hören. — H. Sch.

= **„Des Pastors Rieke", eine Komödie von Erich Schlaikjer,** wurde an dem königlichen Schauspielhause in Dresden zum erstenmal aufgeführt. Das Stück, das wenige äußere Handlung enthält, schildert die Seelenkämpfe eines Pastors, den eine persönliche Eigenart mit seiner Gemeinde und seiner Familie in Konflikt bringt. Von seiner resoluten Wirtschafterin, die sich durch bittere Lebenserfahrung zu einer volkstümlich-klugen Lebensphilosophie durchgearbeitet hat, erfährt er Trost und Aufrichtung. Der Erfolg war stark, und der Autor wurde wiederholt gerufen. Direktor Stollberg vom Münchener Schauspielhause, der der Erstaufführung beiwohnte, hat das Stück für seine Bühne angenommen. Auch für Breslau ist es bereits angenommen. —

= **Sudermanns neues Drama:** „Es lebe das Leben" wurde im Deutschen Theater in Berlin nicht ohne Erfolg aufgeführt. Es spielt in hocharistokratischen Kreisen unter konservativen Fraktionsgenossen. Infolge von Intriguen bei einer Reichstagswahl wird ein verjährter Ehebruch dem betrogenen Gatten zur Kenntnis gebracht. Die schuldige Frau, für deren seelische Reinheit Sudermann plaidiert, giebt sich selbst den Tod, um den Freund dem Leben zu erhalten. Manche Scenen sind spannend. Der litterarische Wert des Dramas ist ein sehr geringer. Unter den Darstellern zeichnete sich nur Herr Wassermann aus. —

= **Hermann Heijermanns,** dessen Name durch sein Seestück „Hoffnung auf Segen" so schnell bekannt geworden ist, hat ein neues soziales Stück vollendet, das den Titel führt Ora et labora (Bete arbeite) und sich mit den elenden Verhältnissen des holländischen Landproletariats beschäftigt. Das ist schon das zweite Stück, das der fleißige Schriftsteller in dieser Saison den Bühnen übergiebt. Das erste war der „Panzer", eine scharfe Satire auf den holländischen Militarismus. Es rief in der Heimat des Dichters überall starke Aufregung hervor. —

= **Das „Lied der Arbeit".** Vor einigen Tagen ist, wie wir schon kurz meldeten, der Direktor der Fachschule für Goldarbeiter und Graveure Josef J. Zapf, der Dichter des „Liedes der Arbeit", gestorben. Das „Lied der Arbeit", seit vielen Jahren das eigentliche Parteilied der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, ist in Wien unzählige Male und wohl von hunderttausend Kehlen gesungen worden. Es schildert in einer ziemlich langen Reihe von Strophen die Fortschritte der Kultur als Folge der menschlichen Arbeit und verkündet zum Schluß die Befreiung der Arbeit selbst durch die Arbeiterschaft. Da dieses Lied in das Repertoire verschiedener Musikkapellen, ja sogar einiger Drehorgeln übergegangen ist, so kann man wohl behaupten, daß es zu den populärsten Liedern gehört, die in den letzten Dezennien bei uns gesungen wurden. Den Autor kannte man wenig. Es war auch weniger persönliche, als vielmehr politische Bedeutung, was den Wert dieser feiner Schöpfung ausmachte. Und so wird das „Lied der Arbeit" wohl auch seinen Autor und dessen Namen geraume Zeit überleben. —

= **Eine Heine-Gedenktafel** soll im Bremer Ratskeller angebracht werden. Wie man aus Bremen meldet, hat der „Literarische Klub Bremen" beschlossen, eine Heinrich Heine-Gedenktafel in Bronce herstellen zu lassen und deren Ausführung dem Künstler F. W. Heine anvertraut. Senat und Bürgerschaft werden ersucht, die Anbringung der Tafel im Ratskeller zu genehmigen. Bekanntlich hat Heine den Bremer Ratskeller am Ende seiner „Nordseebilder" verewigt. —

= **Tolstoi schwer erkrankt.** Ueber London gelangt die Nachricht hierher, daß Leo Tolstoi schwer erkrankt sei. Details seien, wie die „Times" mitteilt, schwer erhältlich, da wegen der Exkommunikation des Dichters die Nachrichten über ihn nicht zirkulieren dürfen. Doch ist es bekannt, daß Professor Doktor Bertenson vom französischen Hospital telegraphisch an das Krankenbett des Dichters berufen sei. —

Kleine Mitteilungen. Karl Hauptmann, der Bruder Gerhart Hauptmanns, hat eine vieraktige Bühnendichtung „Die Riesenschmiede" vollendet. Das Stück, welches zur sagenhaften Zeit im Riesengebirge spielt, wird wahrscheinlich in Breslau zur ersten Aufführung kommen. — Gerhart Hauptmanns Tragikomödie „Der rote Hahn" hatte bei der Aufführung im Münchener Schauspielhause anfangs freundlichen Beifall, stieß jedoch am Schluß auf lebhaften Widerspruch. — Weingartners Musikdrama „Die Orestie" wird erst am 15. Februar erstmalig im Leipziger Stadttheater in Scene gehen. — „Aschenbrödel", die neue Märchenoper von Wolf-Ferrari, hatte bei ihrer Erstaufführung im Bremer Stadttheater Erfolg. — Arnold Böcklins Gemälde „Der Krieg" ist von der Dresdener Gemälde-Galerie für 38 000 Mark erworben worden. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 31. Magdeburg, Donnerstag, den 6. Februar 1902. 13. Jahrgang.

Wie Minister Möller das Gewerbegerichtsgesetz auslegt.

Die „Arbeitsmarktkorr." enthält unter der Spitzmarke „Gewerbegerichte und Handelsminister" folgenden Angriff gegen die Geschäftsführung des Ministers Möller in Ansehung der Errichtung der Gewerbegerichte:

„Die Gewerbegerichtsnovelle ist aus der Initiative des Reichstags hervorgegangen. Als der Bundesrat ihr die Zustimmung erteilte, faßte man diese erste That unter dem Ministerium Möller allgemein so auf, daß er in diesem Punkte als Minister nicht die Politik seiner früheren Freunde fortsetze. Denn der Centralverband deutscher Industrieller, zu dem der nunmehrige Handelsminister früher die engsten Beziehungen unterhalten hatte, suchte mit allen Mitteln dem Bundesrat von der Zustimmung abzuraten. Eine der wichtigsten Bestimmungen, an denen die Gegner Anstoß nahmen, betraf die Vorschrift, daß für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht errichtet werden müsse, während die Errichtung früher von dem Ermessen der Gemeinde abhängig war.

Jetzt aber erscheint in dem „Min.-Blatt für Handel und Gewerbe" ein Runderlaß mit einer Auslegung der neuen Bestimmung, die einer Zurücknahme ähnlicher sieht als einer Ausführung. Der Erlaß ist auch sonst von Interesse als ein Beweis, wie viel im Wege der Uninterpretation gesetzlicher Bestimmungen bei uns geleistet werden kann. Das Gesetz, so führt der Erlaß aus, schreibe im § 2 nur vor, daß für jene Gemeinden „ein" Gewerbegericht errichtet werden müsse. Nach § 7 sei es aber zulässig, die Zuständigkeit auf einzelne Gewerbe oder einzelne Teile des Gemeindebezirks zu beschränken. Mache eine Gemeinde davon Gebrauch, so habe sie gleichwohl der Verpflichtung, „ein Gewerbegericht" zu errichten, genügt. Mit dieser Interpretation kann das Gesetz ohne weiteres illusorisch gemacht werden. In der neuesten Nummer des „Gewerbegericht" macht Bürgermeister Cuno, einer der bekanntesten Kommentatoren des Gewerbegerichtsgesetzes, darauf aufmerksam, daß danach beispielsweise eine Industriestadt ein Gewerbegericht für die Schornsteinfegerei errichten und sich darauf berufen könne, daß sie nach dem Ministerialerlaß ihrer Verpflichtung nunmehr genügt habe, oder sie könnte das Gewerbegericht für das Villenviertel einrichten und erklären, daß nunmehr für die Gemeinde „ein Gewerbegericht" bestehe.

Was das Gesetz will, ist klar und deutlich. In Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern sollen Lohnstreitigkeiten nicht vom Amtsgericht entschieden werden, sondern von den erwählten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ortes unter einem unparteiischen Vorsitzenden, wie es in der Organisation der Gewerbegerichte gegeben ist. Ein Gewerbegericht für einen Teil errichten und die andern leer ausgehen lassen, heißt nicht das Gesetz ausführen, sondern ihm ein Schnippchen schlagen. Der Minister geht aber noch weiter und erklärt, daß, wenn für einen Ort bereits ein Berggewerbegericht bestehe, für ihn keine zwingende Verpflichtung mehr vorhanden sei. Die Berggewerbegerichte sind bei uns überhaupt keine kommunalen Einrichtungen. Sie werden von der Regierung eingerichtet, und zwar für ganze Territorien. So umfaßt beispielsweise das Berggewerbegericht in Beuthen so gut wie den ganzen oberschlesischen Industriebezirk. In diesem Bezirk liegt unter anderem Königshütte, eine Stadt von etwa 60 000 Einwohnern. Hätte es einen Sinn, den dortigen Hütten- und Industriearbeitern ein Gewerbegericht zu versagen, bloß weil die Bergarbeiter es bereits besitzen?" —

Deutscher Reichstag.

(134. Sitzung.)

Berlin, den 4. Februar 1902.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

Die Verhandlung beginnt mit dem aus der Kommission zurückgekommenen Tit 1 des Kap Statistisches Amt. — Berichterstatter Abg. Frhr v Tiedemann. (Infolge der Einrichtung der neuen arbeitsstatistischen Abteilung des Statistischen Amtes werden 12 100 Mark mehr gefordert.

Abg. Dr **Pachnicke** (Fr. Vgg.): Wir verlangten ein ganz neues Arbeitsamt, während es sich hier nur um eine neue Abteilung eines schon bestehenden Amts handelt. Trotzdem begrüßen wir sie als Fortschritt, weil in ihr ein Organ geschaffen ist das sich ausschließlich mit der Arbeiterstatistik zu beschäftigen hat. Wünschenswert wäre die Hinzuziehung eines Beirats, der zu einem Drittel aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und neutralen Sachverständigen bestehen müßte Die Abteilung muß das Recht haben, selbständig Untersuchungen vorzunehmen über bestimmte Erwerbszweige und auch Aenderungen von Gesetzen vorzuschlagen. (Bravo! links.)

Abg. **Bebel** (Sozialdemokrat):

Dem Vorschlag der Gründung dieser neuen Abteilung des Statistischen Amtes wurde von uns zunächst mit Mißtrauen begegnet, das sich auf die schon vom Herrn Vorredner erwähnten Aeußerungen der konservativen Presse stützte. Der Herr Staatssekretär hat ja nun bei den Verhandlungen in der Kommission betont, daß den verbündeten Regierungen in keiner Weise der Gedanke nahe gelegen habe, die früheren Befugnisse der Kommission für Arbeiterstatistik nicht auch dieser Abteilung beizulegen. Die Abteilung soll also auch das Recht haben, Vorschläge zu Gesetzesabänderungen auf Grund ihrer Erhebungen zu formulieren Es wurde auch ausgesprochen, daß Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden sollten. Freilich halten auch wir die Beschaffung eines festen Beirats aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern für besser. Jedenfalls erkennen wir an, daß die jetzige Abteilung einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand bedeutet. Die Kommission wird sich hoffentlich auch über den bisherigen Rahmen hinaus, zum Beispiel mit der Statistik von Arbeiterausständen, der Lohnstatistik usw. beschäftigen. Wir betrachten die Abteilung aber nur als ein Uebergangsstadium. Das weitere Ziel muß die Gründung eines Reichsarbeitsamtes sein. Schon die Thatsache, daß wir jetzt beinahe 14 Tage über das Reichsamt des Innern beraten, beweist, daß dieses Amt zu überfüllt ist. Die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes ist deshalb dringend nötig. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Hasse** (natl.)

wünscht obligatorische Wertdeklaration bei der Warenstatistik.

Abg. Dr. **Spahn** (Centr.)

äußert Bedenken gegen einen ständigen Beirat.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Einen ständigen Beirat halte ich nicht für praktisch, es wäre besser, jedesmal ad hoc Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuzuziehen. Diese Abteilung soll dieselben Rechte haben, wie die Kommission für Arbeiterstatistik. Auch soll sie eine Zeitschrift herausgeben, die in teils wissenschaftlicher, teils populärer Form die Resultate ihrer Erhebungen mitteilt. Es wird jetzt eine Dienstanweisung ausgearbeitet, die wohl die Bestimmung enthalten wird, daß, wenn eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern der Kommission die Hinzuziehung von Arbeitgebern und Arbeitern beantragt, diese zu erfolgen hat. (Bravo!)

Direktor im Reichsamt des Innern **Wermuth:**

Die Frage der Deklaration ist noch nicht geklärt. 59 Handelskammern haben sich dagegen ausgesprochen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Eine Statistik der Krankheits- und Sterbefälle nach Berufen wäre namentlich für die Novelle der Krankenversicherung eine wichtige Unterlage.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Wir haben uns mit dieser Frage bereits beschäftigt, aber ohne Resultat, da die Kosten zu groß sind.

Damit schließt die Diskussion. Tit. 1 des Kapitel Statistisches Amt wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Patentamt.

Abg. **Gamp** (Rp.):

Die eines Kulturstaates unwürdige Gesetzgebung der Schweiz müßte uns zu Gegenmaßregeln veranlassen.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

Die großen chemischen Fabriken an der deutschen Grenze auf Schweizer Gebiete plündern die deutsche chemische Industrie durch illoyalen Wettbewerb geradezu aus; der Schweiz muß zur Erkenntnis gebracht werden, daß sich Deutschland das nicht länger gefallen läßt.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Die schweizerische Patentgesetzgebung ist für unsere Industrie sehr schädigend. Wenn wir mit der Schweiz einen Handelsvertrag eingehen, werden wir jedenfalls darauf dringen daß unsere Ansprüche auf Aenderung des Schweizer Patentgesetzes berücksichtigt werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die in der Schweiz nachgeahmten und nach Deutschland gebrachten Waren um 20 bis 30 Prozent billiger verkauft wurden, als die patentierten deutschen Waren kosteten. (Beifall.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Freis. Vp.):

Gerade dieser Fall beweist, wie nötig die Union zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist. Auch ich glaube, daß wir gegen die Schweiz vorgehen müssen. Von der ungesetzlichen Einführung der Vorprüfung in unsere Prüfungsordnung ist noch immer nicht abgegangen worden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Vorprüfungen gehören zu den gesetzlichen Befugnissen des Präsidenten des Reichspatentamtes.

Abg. **Schrader** (Freis. Vg.)

fordert eine größere Anzahl technischer und juristischer Beamten für das Patentamt.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Die Schweizer selbst haben in der Schweiz nicht mehr Recht, als die Deutschen in der Schweiz; da ist die Forderung unberechtigt, die Deutschen mehr zu schützen, als die Schweizer selbst. Deutschland liefert die Rohprodukte in die Schweiz billiger, als nach Deutschland selbst, dann ist es kein Wunder, daß die Schweizer die Waren billiger verkaufen, als die Deutschen selbst. Unsere Patentgesetzgebung schützt nicht das geistige Eigentum, sondern den, der zuerst das geistige Eigentum eines andern ausbeuten kann. Es ist charakteristisch, daß die Herren, die selbst so autonom sein wollen, hier in die innere Gesetzgebung eines fremden Landes ohne weiteres eingreifen wollen.

Geheimrat **Hauß:**

Von einer Ausbeutung der Chemiker in den industriellen Betrieben kann keine Rede sein.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Als Vorsitzender der Zolltarifkommission werde ich mich dagegen widersetzen, daß Herr Gamp seinen Antrag in der Zolltarifkommission einbringt.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Der Herr Regierungsvertreter scheint den allein richtigen Standpunkt nicht zu verstehen, daß das geistige Eigentum der Allgemeinheit und dem geistigen Urheber, nicht aber dem kapitalistischen zukommt.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel: **Reichsversicherungsamt.**

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

In Hessen-Nassau werden die Beiträge zu der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf Grund der direkten Staatssteuern erhoben. Diese Abwälzung auf die Allgemeinheit ist ungesetzlich. Trotzdem ich schon im vorigen Jahre auf die hohen Entschädigungen für die Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften hingewiesen habe, sind diese Gehälter in vielen Fällen noch erhöht worden. Redner führt eine Anzahl von Ehrenvorsitzenden an, deren Gehalt im letzten Jahre bedeutend erhöht wurde. — Ich bedaure sehr, daß der Präsident des Reichsversicherungsamtes nicht hier ist, um darzulegen, warum er diesen ungesetzlichen Zustand weiter bestehen läßt. In einem Fall ist das Gehalt z. B. von 1200 auf 1600 Mark gestiegen. Zu Ehrenvor-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahu und L. Forest.

Aus dem Französischen übersetzt von Suzanne Bräutigam-Romane.

(29. Fortsetzung.)

Der Oberst täuschte sich, wenn er meinte, daß die im Charakter seines Lieutenants vorgegangene Aenderung von hohen Spekulationen über Philosophie und Sozialismus herrühre. Doch ganz unbegründet war dieser Irrtum nicht; er streifte die Wahrheit.

Fritz prüfte sich, und er bemerkte, daß seit einem Jahre etwa seine Ideen sich seltsam geändert hatten.

Die Ansichten, über die man ihn tadelte, daß er sie bei seinen Kameraden mit Schärfe kritisiere, waren ehemals die seinigen gewesen. In einer gewissen Periode hatte er geglaubt, das menschliche Ideal bestände darin, die Epauletten zu tragen, einem anderen Manne zu gehorchen, der schönere Epauletten trägt, die man inbrünstig beneidet, während man aber andererseits eine Genugthuung darin findet, seine Rangstellung denen gegenüber geltend zu machen, die mindere Gradabzeichen an der Uniform tragen. Sein Gesichtskreis war beschränkt durch eine tiefe und schrankenlose Bewunderung der Maßnahmen des Kaisers und Bismarcks und durch den Glauben an die göttliche Mission des Feldmarschalls Moltke und, was damit im Zusammenhange stand, des ganzen Offiziercorps. Sein Stolz hatte darin bestanden, von Adel zu sein und als Offizier der schönsten Armee der Welt anzugehören, der glorreichen Armee, welche die Sieger von Jena geschlagen hatte. Sein Wissenseifer beschränkte sich auf das Lesen von solchen Zeitungen, in welchen man alle Werke des Auslandes und insbesondere die Vorgänge in Frankreich schmähte, und in denen man die Leistungen Deutschlands bewunderte, die deutsche Sprache und Litteratur, die deutsche Geschichtsforschung und Philosophie, die deutsche Civilisation, die deutsche Politik, die deutsche Armee und Marine, die deutsche Musik, die deutschen Wissenschaften, die Eisenbahnen, das deutsche Bier und die deutsche Treue; Zeitungen, in denen man übertriebene Hymnen veröffentlichte an Odin und Thor, an Arminius und an die Germania und an den unbesiegbaren Adler des deutschen Reiches; Blätter, in denen man durch einander widersprechende Begründungen nachwies, daß der Satz „Deutschland über alles" nicht bloß einen Wunsch ausspreche, sondern daß er in Wirklichkeit sich völlig bestätige.

Ja, seit einem Jahre hatte er sich wirklich geändert. Er schrieb diese Umwandlung zum Teil der beharrlichen und eingehenden Lektüre des Skeptikers Heine zu. Der sentimentale, in Glaubenssachen so schonungslose und ableugnende Dichter hatte ihn allmählich und ohne daß er es merkte, dahin gebracht, daß er Zweifel empfand, daß er Kritik übte, ja daß er ein wenig an Achtung vor den vorgeschriebenen Glaubenssätzen, den Wahrheiten, den Ansichten, die die Schule lehrt, einbüßte.

Fritz hatte diesen immer stärker werdenden Einfluß bemerkt, ohne ihm große Wichtigkeit beizulegen. Aber jetzt, da er die Wirkungen des Einflusses bei dem Tadel des Obersten spürte, wie sie auf ihn zurückprallten, begann er sich ernstlich zu beunruhigen.

Fritz gestand sich auch, daß seine alte und beschränkte Lebensansicht ihn glücklich gemacht hatte. Friedlich hatte er in diesen Verhältnissen dahingelebt. Jetzt war er im Gegenteil beständig in Verwirrung und Unruhe.

„Wem nützt es etwas," sagte er sich, „sich in unlösbare Probleme zu verstricken? Warum neue Lösungen suchen, wenn es so einfach ist, mit den alten sich zu begnügen, mit denen alle übrigen zufrieden sind? Deutscher zu sein, von Adel und Offizier und keine Idee aufkommen lassen, die sich mit den drei Eigenschaften nicht verträgt, das ist alles, und das muß doch das Glück auch des Anspruchvollsten zufriedenstellen."

Aber wie Fritz alle diese Betrachtungen anstellte, gestand er sich auch, daß Heinrich Heine weder der einzige, noch der am meisten Schuldige sei. Luise Stockmann hatte einen viel beträchtlicheren Einfluß wie der Schriftsteller.

Am Anfange war Luisens Wirkung auf ihn keineswegs fühlbar gewesen. Er war es gewesen, der begonnen hatte. Seine Einbildungskraft hatte sich entzündet. Er hatte das junge Mädchen geliebt, ohne es näher zu kennen, wie ein seltenes und wertvolles Ding, welches man heiß erwünscht, ohne es jemals in der Nähe geprüft zu haben. Und da jetzt Luise mit ihm durch ihr Lächeln, ihre Blicke, ihre Haltung kokettierte, vergaß er sich ganz und verlor sich in unerfüllbare Träume.

Dieser zwiefache Einfluß des Dichters und der Liebe mußte beträchtlich sein, daß seine Lebensführung und seine Anschauungen von früher so rasch und so augenfällig sich änderten.

Die Umwandlung in ihm war vollständig. Sein Herz öffnete sich heute sanften Gefühlen, die ihm ehemals unbekannt waren. Seine Einsicht suchte Aufklärungen, die ihn früher gleichgültig gelassen hatten. Seinen Geist durchzogen neue Gedanken. Diese Entwicklung offenbarte sich in unscheinbaren, aber charakteristischen Einzelheiten. So erschien ihm jetzt seine kleine Wohnung unerträglich, in der er doch so lange inmitten der Geschmacklosigkeit der Möbel, der Plumpheit der Ausschmückung gelebt hatte. Er wünschte feine und schöne Ziergegenstände an Stelle der fabrikmäßig hergestellten Statuetten und Kunststiche, anstatt der Farbendrucke, Teppiche mit satten Farben, Stoffe von wirklichem Werte und mehr Anmut in den Behängen der Zimmer. Er wollte sich ein Heim voll Reiz, Anmut, voll Stilreinheit, ohne Flitter und Blendwerk schaffen. Und darin zeigte er Neigungen, die sonst kaum die Gewohnheiten seiner Landsleute aufrüttelten. Das Plumpe, Schwerfällige, Massive, wie es der altdeutsche Stil wohl zeigte, wurde ihm zuwider. Er schwärmte jetzt für das Zarte, Feine, Anmutige, wie es in der Kunstform hervortritt, die man den Stil Ludwigs 15. nennt. Und mit der inneren Umänderung hielt die äußere gleichen Schritt. Seit einigen Monaten hatte sein Bursche Wilhelm nicht die kleinste Züchtigung empfangen. Er hatte ihn nur bei einigen besonders ernsten Anlässen hart gescholten. Und die bei seinem Rittmeister zu Tage tretende Mißbilligung gegen ihn

sitzenden sucht man solche Herren zu gewinnen, die einen möglichst großen Einfluß auf Behörden und Gesetzgebung ausüben. Es scheint, daß die Berufsgenossenschaften dies in großem Maßstabe in Bezug auf den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes erreicht haben. — Gegen Herrn Felisch habe ich die Anklage wegen Untreue gegen die Berufsgenossenschaften, begangen durch die Annahme eines hohen Gehaltes in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender erhoben, wurde aber in allen Instanzen abgewiesen. Ein öffentliches Interesse wurde nicht anerkannt. Beschwerde durfte ich nicht erheben, da ich nicht Mitglied der Berufsgenossenschaft bin.

Dieser Verlauf der Sache beweist, wie ungeheuer die Macht der Berufsgenossenschaften ist und wie sehr es not thut, ihre Selbstverwaltung im Interesse der Arbeiter zu beschränken. Vor allem muß auch mit dem System der sog. Vertrauensärzte aufgeräumt werden. Wie diese Aerzte gegen die Pflichten ihres Standes und der Humanität verstoßen, zeigt besonders ein Fall des Dr. Blasius, des Vertrauensarztes der Ziegeleiberufsgenossenschaft. Einem Arbeiter Schäfer war wegen Verlust eines Fingers und verminderter Bewegungsfähigkeit der Hand vom Professor Sprengler, einem sehr gewissenhaften Arzte, dem Leiter des herzoglichen Krankenhauses in Braunschweig, eine Rente von 40 Prozent zugesprochen worden. Das Gutachten des Professors Sprengler übersandte die Berufsgenossenschaft ihrem Vertrauensarzte Dr. Blasius und dieser erkannte, ohne den Kranken irgendwie untersucht zu haben, auf eine Rente von 20 bis 25 Prozent, worauf dann die Rente auf 25 Prozent festgesetzt wurde. Als Professor Sprengler dies erfuhr, kritisierte er in einem Schreiben an die Berufsgenossenschaft dies Vorgehen des Dr. Blasius auf das schärfste. Seine Art, lediglich nach dem Schema der Berufsgenossenschaft die Rente festzusetzen, ohne den Kranken zu sehen, widerspreche den fundamentalsten Pflichten des Arztes und bedeute eine Untreue gegen den Arbeiter. Sein Vorgehen entspreche lediglich der Gewohnheit der abhängigen Vertrauensärzte, die Renten im Interesse der Berufsgenossenschaft möglichst herabzudrücken. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Blasius fühlte sich durch diesen Brief beleidigt und verklagte Professor Sprengler wegen Beleidigung. Dieser wurde schließlich zu 150 Mark Geldstrafe wegen der zu scharfen Ausdrücke in seinem Briefe verurteilt, das Gericht erkannte aber an, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Ich meine das Verfahren eines solchen Arztes, der sich in dieser Weise zum Handlanger, zum Hausknecht seiner Berufsgenossenschaft macht, kann nicht scharf genug verurteilt werden und das Reichsversicherungsamt hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auf die Gutachten dieses Dr. Blasius nichts mehr gegeben wird. Derselbe Arzt hat im Jahre 1897 einen Arbeiter Kränkel bei einer Untersuchung so behandelt, daß er infolgedessen in einen derartigen Gemütszustand kam, daß er sich schließlich das Leben nahm. Das Reichsversicherungsamt ist auf Grund der Feststellungen zu dem Ergebnis gekommen, daß der Tod des Arbeiters in ursächlichem Zusammenhang mit der Behandlung durch den Dr. Blasius stand (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) und hat der Witwe eine Rente gewährt. Solche gemeingefährliche Berufsgenossenschaften und Vertrauensärzte müssen beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Die Art, wie die Berufsgenossenschaften vorgehen, spiegelt sich auch wieder in der Statistik der Unfälle, die Bände spricht von dem Elend der Arbeiter und dem Unrecht, das die Unfallversicherungsgesetzgebung und ihre Handhabung über sie verhängt, während den Unternehmungen im wachsenden Maße Millionenprofite daraus zufließen.

Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Toten auf dem Schlachtfelde der Industrie gewachsen. Die tödlichen Unfälle betrafen 1896 7101, 1897 7960, 1898 7984, 1899 8124, 1900 8567 Personen, die Zahl der Schwerverletzten 1896 79 000, 1897 84 900, 1898 91 000, 1899 97 000, 1900 99 097, also 107 654 Tote und Verwundete in einem Jahre! Diese Erscheinung läßt sich darauf zurückführen, daß je mehr Unglücksfälle stattfinden, um so größer der Gewinn der Unternehmerschaft als solche wird und daß die Arbeiter das willenloseste Werkzeug der Berufsgenossenschaften sind. Vergleicht man die Leistungen der Unternehmerschaft auf Grund der Unfallversicherung mit den Leistungen, die sie aufzubringen hätten, wenn sämtliche Unfälle zur Entschädigung führen würden, so kann man berechnen, daß die Unternehmerschaft bei dem jetzigen Zustande erspart hat: 1897 98 Millionen, 1898 102 Mill., 1899 112 Mill., 1900 120 Mill. Mark. Gegenüber der fortdauernden Behauptung, als ob die Unternehmer wer weiß was für Leistungen für die Arbeiter aufbringen, müssen wir prüfen, wie viel auf den einzelnen Arbeiter thatsächlich kommt. Im Durchschnitt der Jahre 1886—1899 pro Tag 1,2 Pfg., 1900 sogar nur 1,07 Pfg. Die Verwaltungskosten betragen 0,37 Pfg. pro Tag und Arbeiter, so blieben etwa 0,8 Pfg. für den Tag übrig. Für den landwirtschaftlichen Unternehmer beträgt die Belastung sogar nur 0,2 Pfg. pro Kopf und Tag. — Zur Ermittelung der Ursache der Unfälle waren wir bisher auf die Statistik vom Jahre 1890 angewiesen. Endlich ist jetzt die Statistik von 1897 vollständig erschienen. Um festzustellen, wer den Unfall verschuldet hat, beruft sich aber diese Statistik auf die Auskünfte der Berufsgenossenschaften, die doch gerade ein Interesse daran haben, die Wahrheit zu vertuschen und der Unwahrheit zum Recht zu verhelfen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen die Berufsgenossenschaften nicht solcher Thaten beschuldigen, das verstößt gegen die Ordnung des Hauses.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Man hat dann die Notwendigkeit einer Nachprüfung eingesehen, es sind aber weder Arbeitervertreter noch Gewerbeinspektoren zur Ermittelung der Ursachen herangezogen worden. — Wir haben schon 1871 die Forderung erhoben, daß den Arbeitern voller Schadenersatz für jeden Unfall, den sie mit oder ohne Fahrlässigkeit des Unternehmers im Betriebe erleiden, gewährt werden muß. Statt dessen haben wir als Minimalabschlagszahlung die Unfallgesetzgebung erhalten. Zum mindesten müssen wir verlangen, daß die Arbeiter an der Verwaltung beteiligt sind, denn es handelt sich um ihr Leben und die Gesundheit ihrer Frauen und Kinder. Je mehr Unfälle, desto größer sind zweifellos die Profite, die dem Unternehmertum zufließen. Die Unfallhäufigkeitstabelle zeigt, daß bessere Schulen imstande sein könnten, den größten Teil der Unfälle zu beseitigen. Vor allem aber muß die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die lange Arbeitszeit und die Ermattung der Arbeiter trägt die Hauptschuld an den Unfällen. — Die Knochen der Arbeiter sind keine Kurierobjekte und die Aerzte dürfen nicht degradiert werden zu Lakaien des Unternehmertums. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Ich kann hier nicht über jede einzelne Rentenfestsetzung Auskunft geben. Die Vorwürfe des Abg. Stadthagen gegen den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes sind um so schwerer, als dieser auch richterliche Funktionen hat. Die Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften müssen für ihre Mühe eine Entschädigung erhalten. Ich habe angeordnet, daß die früher gezahlten Entschädigungen von neuem geprüft werden. Eine tendenziöse Aufmachung der Statistik liegt nicht vor, die Unfälle werden auf Grund polizeilicher Feststellungen aufgenommen.

Auf Antrag des Abg. Oertel (kons.) werden die Verhandlungen hier abgebrochen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Marine-Etat).

Schluß 6 Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Februar 1902.

— **Zur Krise.** Eine Hebung der wirtschaftlichen Lage scheint vor der Hand in Magdeburg nicht in Aussicht zu stehen. In den letzten Tagen wurden wiederum mehrfach Arbeiterentlassungen aus den hiesigen Fabriken gemeldet. U. a. sind gestern in der Fabrik von Röhrig u. König in Sudenburg 21 Mann entlassen worden.

Falls sich die Entlassungen noch weiterhin vermehren sollten, sind von seiten des Gewerkschafts-Kartells Arbeitslosen-Versammlungen geplant, in denen die zu ergreifenden Maßnahmen besprochen werden sollen. —

— **Vom Krupp-Grusonwerk.** Die Wege vom Eingang am Klostergraben nach den verschiedenen Werkstätten: Tischlerei, Panzerfraiserei, Panzer- und Eisengießerei, sind des Morgens vor Beginn der Arbeit so schlecht beleuchtet, daß wiederholt Unfälle zu verzeichnen waren. So stürzte am Montag wieder der Drechsler T., und wenn bisher diese Unglücksfälle nur leichterer Art waren, so sollte doch die Fabrikleitung nicht erst warten, bis ein schwerer Unglücksfall eintritt, um dann erst eine Aenderung herbeizuführen. Ebenso verhält es sich mit der Beleuchtung in den Werkstätten selbst, z. B. in der Gießerei. Es wird von den Leuten verlangt, sie sollen pünktlich an ihrer Arbeitsstätte beginnen; dabei sind sie des Morgens kaum imstande, den Nummernkasten zu finden, um ihre Kontrollmarke anzuhängen. Auch hier ist die Gefahr für die Arbeiter eine große, und darf wohl erwartet werden, daß eine Aenderung recht bald eintritt, um so mehr, als dieselbe mit so geringen Kosten verbunden ist, daß es Wunder nehmen muß, wenn ein solcher Betrieb — wie das Grusonwerk — auf solche Weise Sparsamkeit übt. —

— **Die Arbeiten an der Nordbrücke** sind jetzt zumeist eingestellt. Beim Eintreten beständiger Witterung sollen die Arbeiten wieder in größerem Umfange aufgenommen werden. —

H. **Die Freie Vereinigung der Ortskrankenkassen-Vorstände Magdeburgs** hielt am Montag, den 28. Januar, Versammlung ab, in welcher zunächst die Abrechnung über die Ausgaben der Vereinigung in der Zeit vom 18. Juli bis 31. Dezember 1901 erfolgte. Dieselbe betrug 72.02 Mark für Drucksachen und Porti. Zur Deckung dieser Summe soll an die 15 beteiligten Kassen besondere Mitteilung ergehen. Für das laufende Rechnungsjahr glaubt der Vorstand mit einem Beitrag von 3 Mark pro Kasse auskommen zu können. Die Ergänzungswahl des Vorstandes erledigte sich damit, daß für den ausscheidenden Herrn Kaufmann Könnecke Herr Max von der Kaufmännischen Orts-Krankenkasse neugewählt und Herr Hesselbarth wiedergewählt wurde. Herr Wendlandt hielt hierauf über Krankenkassenstatistik ein interessantes Referat, welches wert gewesen wäre, von sämtlichen Vorstandsmitgliedern und Rendanten der Orts-Krankenkassen gehört zu werden; leider waren wohl 14 Kassen vertreten, aber die einzelnen Vorstände nicht vollzählig erschienen.

Der Referent will mit dem bisherigen Modus der Rechnungslegung der Redanten gebrochen haben, welche nur große Zahlen enthalten, während erst eine Zerlegung und Specialisierung derselben Klarheit über die Aufwendungen der Kassen giebt und so eine gute Statistik geführt werden könne, wie dies von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für das Jahr 1900 erfolgt sei und den größten Beifall gefunden habe. Um die Statistik zu pflegen, wurde durch einstimmigen Beschluß den Kassen der Vereinigung aufgegeben, über die Bewegung ihrer Mitgliederzahlen (männliche wie weibliche Personen betreffend) monatlichen Bericht an die Allgemeine Orts-Krankenkasse einzusenden, dessen Gesamtresultat sodann dem Privatdocenten Herrn Dr. Jastrow-Charlottenburg übermittelt werden soll. Ferner sollen die Kassen bis Mai bezw. Juni über die Krankheiten ihrer Mitglieder Statistiken führen und das Resultat derselben Herrn Wendlandt zur weiteren statistischen Verarbeitung übermitteln. Um Einheitlichkeit in der Führung dieser Aufzeichnungen zu schaffen, wird der Vorstand beauftragt, die Rendanten zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzurufen.

Dann gab Herr Wendlandt das Resultat der Umfrage bei den hiesigen Krankenkassen über die Frage bekannt, wie sich dieselben zur Errichtung einer Erholungsstätte für Kranke und Rekonvalescenten seitens der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt stellen bezw. ob sie zu den Verpflegungskosten ihrer unterzubringenden Kranken beitragen wollen. Von 29 Orts-Krankenkassen hatten nur 15 geantwortet, während sich nur 14 für und 1 gegen Errichtung erklärten. Von 42 Betriebs-Krankenkassen hatten 16 geantwortet, 7 mit Ja und 9 mit Nein. Von 5 Innungs-Krankenkassen haben nur 2 mit ja geantwortet, während von 25 Fabrik-Krankenkassen nur 8 bejahten. Trotzdem das Gesamtresultat nicht als günstig zu bezeichnen ist, hielt es die Versammlung für geboten, den Vorstand nebst Herrn Wendlandt zu beauftragen, beim Herrn Oberbürgermeister Schneider vorstellig zu werden und die unentgeltliche Ueberlassung von Grund und Boden im Stadtpark oder Biederitzer Busch seitens der Stadt zur Errichtung einer Erholungsstätte zu bewirken. Der anwesende Stadtverordnete Brandes versprach, sich bei dem Oberbürgermeister für diese Angelegenheit zu verwenden. —

— **Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege** hielt am Sonnabend eine stark besuchte Versammlung im Stadtmissionshause ab. Der als Wasserbautechniker bekannte Baurat Thiem aus Leipzig referierte über das Thema: „Die Wasserversorgung Magdeburgs". Redner gab einen Ueberblick über die Thätigkeit, die er seit dem Jahre 1898 im Dienste der Stadt Magdeburg zwecks Erbohrung von Trinkwasser ausgeübt hat. Mit verhältnismäßig geringen Kosten — ca. 50 000 Mark — sei nach mehreren vergeblichen Versuchen im Fiener Bruch ein gutes Resultat erzielt worden. Von dort könnten täglich bis zu 190 000 Kubikmeter Wasser befördert werden, wovon Magdeburg nur täglich 50- bis 60 000 Kubikmeter gebrauche. Die Kosten würden sich auf rund 6 Millionen Mark belaufen.

---

hatte keinen anderen Grund, als daß Fritz gegen seine Mannschaften zu nachsichtig war.

„Sie strafen niemals mehr. Das ist beklagenswert," wiederholte ihm oft sein Rittmeister. Ohne Strafen erreichen Sie nichts Vernünftiges.

Wirklich, es war beklagenswert für ihn, für Fritz von Adlerskraft, daß er seine Ruhe verloren hatte, die Heiterkeit seines Gemüts, die Freundschaft seiner Kameraden. Der Befehl des Obersten war gut und richtig:

„Sie haben dies mir alles zu beseitigen und zwar gründlich."

Und Fritz suchte das beste Mittel, dieser Aufforderung nachzukommen. Wenn es ihm auch nicht angenehm war, so forderte doch der einfache, nüchterne Verstand eine Umkehr. Er fühlte ganz klar, daß er auf dem Wege zum Glück sich auf falscher Fährte befand.

Er lachte und sagte sich:

„Ich muß mich umkrempeln. Das einzig Richtige ist der Egoismus. Ich will mein früheres Leben wieder aufnehmen, meine Feinde mir zu Freunden und meine Freunde mir zu Feinden machen. Ich werde Heinrich Heine in die hinterste Ecke des Schrankes verbannen, dorthin, wo er gute Ruhe haben wird. Was Fräulein Stockmann betrifft, so wird diese sich ohne Zweifel bald mit einem aus Frankreich kommenden Franzosen verheiraten. Vielleicht mit einem Dragonerlieutenant mit roten Hosen. Sie ist mir nicht bestimmt!" Er stieß einen langen Seufzer aus.

„Schade!"

Diese trüben Gedanken hatten aus seiner Nähe die fröhlichen Kameraden verscheucht. Er war einsam, ganz einsam. Alles widerte ihn an. Die in seiner Seele verschlossenen edlen Regungen forderten nichts Besseres, als sich zu entfalten, sich zu entfalten, aber wo sollten sie die für sie günstige Umgebung finden? Es ist nicht genug, daß man nur steht, es ist nicht genug, daß man nur sieht. Man muß auch handeln. Aber wie er handeln wollte, wurde er gewaltsam durch die Feindschaft seiner Umgebung, durch Rationalhaß durch die Geistesschwerfälligkeit seiner Kameraden, mit welchen er leben mußte, zurückgehalten.

„Pauvre Fritz," murmelte er, halb ernsthaft, indem er sich der französischen Sprache bediente: „Il te manque une ame soeur." (Es fehlt dir eine schwesterliche Seele.)

Um ein neues Leben anzufangen, schwur er sich selbst einen Eid. Von diesem Tage an würde er sich durch die körperliche Anspannung, welche sich im militärischen Beruf entfalten läßt, abstumpfen und durch geistige Trägheit, bei der man trotzdem als Offizier gut vorwärts kommen kann. Dann würde er sich dem Wunsche seiner beiden Familien gemäß mit seiner Cousine Emma Wolf in Köln verheiraten.

Und um die Stärke seines Charakters, die Schlagfertigkeit seines Geistes zu zeigen, nahm er einen Briefbogen, setzte sich an seinen Arbeitstisch und schrieb:

„Meine liebe Mutter!

„Deine letzten Briefe kommen immer wieder auf so gute Ratschläge zurück, daß sie mich besiegt haben. Ich bin entschieden, mich zu verheiraten, und ich gehe auf den Vorschlag ein, von dem Du mir oft gesprochen hast. Wie alle jungen Leute es thun, habe auch ich widerstanden. Ich habe zwischen den Vorteilen der Unabhängigkeit und den Vorzügen des Familienlebens geschwankt; aber es kommt die Stunde, wo man es schmerzlich empfindet, allein zu sein . . . ganz allein. Meine Stunde hat geschlagen.

Schreib also meinem Onkel Wolf. Deine Wünsche werden sich erfüllen; und ich bin schon glücklich, denn ich sehe im Geiste, wie beim Lesen dieses Briefes Deine lieben Augen vor Glück strahlen" . . .

In diesem Augenblick klopfte man an die Thür. „Herein!" rief er.

Der Bursche trat ein und brachte die Postsachen. Fritz nahm die drei Briefe, die ihm Wilhelm hinhielt. Eine der Adressen erregte seine Neugier. Die Buchstaben hatten keine eckigen Züge, die Schrift trug gar nicht das deutsche Gepräge. Er öffnete diesen Brief vor den anderen, warf einen Blick auf die ersten Worte, wandte das Blatt und sah nach der Unterschrift.

„Gott im Himmel!" rief er in größter Bestürzung.

Dann las er sehr schnell, begann wieder, aber viel langsamer, schloß die Augen und träumte. Ganz aufgeregt erhob er sich danach und stürmte im Zimmer auf und ab. Endlich zerriß er den Brief, den er an seine Mutter geschrieben, und dann begann er einen anderen:

„Meine liebe Mutter!

„Trotz des beharrlichen Drängens in Deinen letzten Briefen, trotz Deiner guten Ratschläge und der Stichhaltigkeit Deiner Beweisführung kann ich mich noch nicht zur Heirat entschließen. Sei mir nicht böse. Ich bin nun einmal wie alle jungen Leute, ich schwanke zwischen den Vorteilen der Unabhängigkeit und den Vorzügen des Familienlebens. Die Stunde wird gewiß kommen, wo ich es peinlich empfinde, frei, aber allein zu sein. Diese Stunde hat noch nicht geschlagen. Ich spinne allerhand Träume. Erlaube mir, daß ich versuche, ihnen Leben zu verleihen, harrend, bis sie davongeflogen sind . . . . . ."

Er fügte einige Einzelheiten über sein Leben in Metz hinzu und über sein Wohlbefinden. Er erkundigte sich nach den Karlsruher Neuigkeiten, dann steckte er den Briefbogen in einen Umschlag, schrieb die Adresse, und nun erst dachte er daran, die zwei anderen von seinem Burschen gebrachten Briefe zu lesen. An die Vorwürfe seines Obersten dachte er nicht mehr. — —

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Immer Fachmann. Der sechsjährige Franz ist — so erzählt man der „Bremer Bürgerztg." — der Sohn eines Oberförsters. Er nimmt natürlich an dem Familienleben in den verschiedenen Hütten von „Waldmann", „Diana" usw. den lebhaftesten Anteil und ist in der Hundezucht schon sehr bewandert. Da tritt in der Familie des Oberförsters ein freudiges Ereignis ein, Franz bekommt Brüderlein und zwar gleich drei an der Zahl. Andern Tages darf Franz sich die neuen Brüderlein ansehen, die einträchtiglich nebeneinander ruhen. Statt aber in Freudenjubel auszubrechen, bleibt Franz stumm und sinnend. Erst nach geraumer Weile, nachdem er sie genau gemustert hat, giebt er beim Verlassen des Zimmers sein Urteil mit der Miene des Fachmanns dahin ab: „Vater, den in der Mitt' ziehn mer uff". —

während die Wasserversorgung aus dem Bodethal rund 8½ Millionen kosten würde. Zum Schluß behandelte Herr Professor Fränkel aus Halle die Wasserversorgung der Städte vom hygieinischen Standpunkt aus. Die Versorgung mit Grundwasser sei die idealste und empfehlenswerteste. Beiden Rednern wurde reicher Beifall zu teil. —

— **Das neue Siechenhaus an der Leipzigerstraße** in Sudenburg, dessen Neubau bereits durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 7. Dezember 1899 bestimmt wurde, soll ein Keller-, Erd- und zwei Obergeschosse erhalten. Der Fußboden des Kellergeschosses liegt 1 Meter unter Straßenoberkante, da dasselbe teilweise zu Wohnzwecken hergerichtet ist. Die Geschoßhöhen betragen im Keller 3,10 Meter von Oberkante Fußboden bis Oberkante Fußboden gemessen, in den Obergeschossen 3,63 Meter, während der im Mittelbau des 2. Obergeschosses angeordnete Betsaal eine lichte Höhe von 4,85 Meter erhalten hat. Das erste Obergeschoß enthält 15 Einzelzimmer, 8 Zimmer für zwei Betten und 2 kleine Wohnungen (Stube, Kammer), Wärterzimmer, Bad, Klosetts, das zweite Obergeschoß 15 Einzelzimmer, 8 Zimmer mit zwei Betten, 2 kleine Wohnungen, einen Betsaal, Konferenz- und Lesezimmer, Wärterzimmer und Bad. Die Wohnräume erhalten sogenannten deutschen Riemenboden, Flure und Korridore Terrazzobelag, die Kellerräume Ziegelpflaster bezw. Asphaltestrich. Die Fenster sind als einfache angenommen und werden in Pitchpine-Holz hergestellt. Sämtliche Räume werden ihrer Zweckbestimmung entsprechend in Leimfarbe gestrichen, mit umlaufendem 1,60 Meter hohen Oelpaneel. Das Gebäude enthält Anschluß an die städtische Kanalisation, sowie Gas- und Wasserleitung. Als Heizung ist eine Centralheizungs-Anlage (Niederdruckdampfheizung) vorgesehen mit glatten Radiatoren in sämtlichen Räumen. Die Baukosten stellen sich nach dem Kostenanschlage auf 275 000 Mark. —

— **Im Volksbad** in der Nötgerstraße wurden in der Zeit vom 27. Januar bis 2. Februar Bäder und Handtücher verabreicht: in der Männerabteilung 194 Brausebäder zu 10 Pf. und 474 zu 5 Pf., 77 Wannenbäder zu 25 Pf. und 8 Soolbäder zu 40 Pf., Summa 753; in der Frauenabteilung 48 Brausebäder zu 10 Pf. und 67 zu 5 Pf., 184 Wannenbäder zu 25 Pf. und 8 Soolbäder zu 40 Pf., Summa 307; zusammen 1060 Bäder Handtücher wurden 179 verabreicht. —

— **Keramischer Unterricht** soll erfreulicherweise jetzt in der hiesigen Kunstgewerbe- und Handwerkerschule eingeführt werden. Der Direktor der Schule hat zwei Gebrüder von Heider, rühmlichst bekannte Keramiker, veranlaßt, sich in Magdeburg anzusiedeln und sich auch für unsere Kunstgewerbeschule zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat hat beschlossen, den beiden Herren eine Werkstätte im Souterrain der Kunstschule einzurichten, damit sie selbst arbeiten und die ihnen anvertrauten Zöglinge auch ordnungsmäßig praktisch unterrichten können. Diese Werkstätte soll ihnen, so lange sie an der Schule thätig sind, belassen werden. — Die Einrichtung derselben erfordert eine Aufwendung von 1350 Mark, die zweifellos von den Stadtverordneten bewilligt werden wird. —

— **Post und Rentenzahlung.** Die Zahl der Bezieher von Alters-, Invaliden- und Unfallrenten ist in steter Zunahme begriffen und hat bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß am 1. eines jeden Monats die Auszahlung der Rentenbezüge durch die Postanstalten auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Namentlich bei Postanstalten mit beschränkten Schalterräumen und verhältnismäßig vielen Rentenempfängern bilden die Rentenzahlungen geradezu ein Verkehrshindernis für das große Publikum. Mit Rücksicht hierauf trägt die oberste Postbehörde sich mit der Absicht, die Zahlung der Rentenbezüge gänzlich aus den Diensträumen zu verlegen. Man will, der „Köln. Ztg." zufolge, versuchen, Rathaussäle oder andere öffentliche Räume zu diesem Zwecke zu erlangen; dagegen soll die Benutzung von Räumen, in denen ein Ausschank von Getränken stattfindet, vermieden werden. —

— **Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei,** welcher am Sonntag vormittag in der „Freundschaft" stattfand, war von 7 Wahlkreisen mit 33 Delegierten beschickt. Der Vorstand erklärte sich bereit, jede Anregung aus den Wahlkreisen zwecks Gründung von Vereinen zur Belebung der Partei zu unterstützen. Ebenso wurde die Unterstützung der bestehenden freisinnigen Presse als dringend notwendig bezeichnet. —

— **Bessere Abendverbindung nach Egeln.** Auf eine erneute Eingabe des Bürgermeisters von Egeln hat die königliche Eisenbahn-Direktion in Magdeburg nunmehr genehmigt, daß allmonatlich zweimal nachts im Anschluß an den 12 Uhr 2 Minuten von Magdeburg nach Halberstadt fahrenden Schnellzug von Blumenberg nach Staßfurt ein Sonderzug abgeht. —

— **Zum Konkurs der Krankenkasse Thuringia** (Sitz Eisenach) teilt die „Krankenkassen-Zeitung" mit, daß die Kasse, welche 110 000 Mitglieder zählte von der Behörde geschlossen worden ist. Den Ruin der Kasse sollen zum Teil die hohen Einnahmen der Vorstandsmitglieder, die monatlich bis zu 2000 Mark erhielten, herbeigeführt haben. Die ganze Geschäftsführung kann selbst vor der mildesten Kritik nicht Stich halten. Leider sind viele Arbeiter dadurch erheblich geschädigt worden. —

— **„Nun den Kriegern ihre Orden."** Im Jahre 1901 hatten hier vier Schneidergesellen aus Weißenfels eine achtwöchige Uebung beim Bekleidungsamt 4 abgeleistet; in dieser Zeit wurden Ausrüstungsgegenstände für die ostasiatische Expedition hergestellt. Die vier Schneidergesellen, die inzwischen wieder nach Weißenfels gezogen sind, waren nicht wenig überrascht, als ihnen vor einigen Tagen die China-Denkmünze zugestellt wurde. — Die Glücklichen haben um den China-Krieg mindestens ebenso viel Verdienste wie Graf Waldersee, der Erfinder der „unverbrennbaren" Asbesthäuser, und für ihre kriegerische Thätigkeit die ehrende Auszeichnung reichlich verdient. —

— **Eine halbe Speckseite entwendet** hat am Dienstag abend ein Mann in einem kleinen Materialwarenladen in der Rogätzerstraße. Besagter Mann ließ sich einen Schnaps von der Frau des Ladeninhabers einschänken. Als die Frau die Flasche, aus der sie eingeschänkt hatte, fortsetzen wollte und hierbei dem Kunden den Rücken zudrehte, ergriff der Dieb die Speckseite und nahm schleunigst Reißaus. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Speckdieb ähnliche Manipulationen auch anderwärts versuchen wird. —

— **Der Todesfall des Klempners Fabian** beschäftigte am Sonnabend, den 1. Februar, nachdem ein Referat des Genossen Gärtner vorangegangen war, eine Branchenversammlung der Klempner und Installateure. Es wurde von einem Kollegen festgestellt, daß die notwendigen Bauschutzvorrichtungen fehlten, die einzelnen Stockwerke waren nicht abgedeckt. Nach dem Unfall sind die unteren Etagen vorschriftsmäßig geschlossen, während die obere Etage noch offen steht!! Der den Bau ausführende Unternehmer wie auch der Klempnermeister Schütte seien in erster Linie für den Unfall verantwortlich zu machen. Bei letzterem herrsche auch in anderen Dingen eine Treiberei, wie sie nur durch das ärgste Submissionsunwesen gezeitigt werden kann. Nach dem Tarif sollen auf Bauten immer zwei Mann bei Klempnerarbeiten Verwendung finden, das sei in diesem Falle ebenfalls unterlassen. Nach dem Unfall allerdings seien von Herrn Schütte zwei Mann nach dort entsandt worden. Bedauerlich sei auch die mangelhafte Kontrolle, die auf Neubauten ausgeübt wird. Allseitig wurde gewünscht, daß die Kollegen mehr als bisher auf die Ausführung der baupolizeilichen Vorschriften achten möchten, damit derartige traurige Vorkommnisse für die Folge vermieden werden. —

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** wird uns geschrieben: Im Interesse unserer Theaterbesucher machen wir darauf aufmerksam, daß Billetbestellungen durch die Post zur Sicherung ordnungsmäßiger Erledigung nur unter folgender Adresse zu machen sind: „An die Tageskasse des Stadttheaters". Bestellungen auf feste Plätze sind mit Erfolg nur persönlich an der Tageskasse aufzugeben. Für telephonisch angebrachte Bestellungen auf feste Plätze kann eine unbedingte Gewähr der Ausführung nicht übernommen werden. Da auch zur heutigen Aufführung von „Alt Heidelberg" schon Tage vorher zahlreiche Billetbestellungen vorlagen, wird das erfolgreiche Werk auch am Sonnabend aufgeführt. Welch lebhaftes Interesse der Novität der Frau Lu Volbehr, „Ihr Gott", entgegengebracht wird, beweist die Thatsache, daß die erste Aufführung morgen, Donnerstag, vor fast ausverkauftem Hause stattfinden wird. Die Inscenierung des Werkes leitet Oberregisseur Treptow. In den Hauptrollen sind thätig die Damen Marbach und Cannee und die Herren Porth und Dr. Senger. Das neueste Werk von Robert Misch, das Versspiel „Das ewig Weibliche", ist zur Aufführung erworben worden. —

Provinz und Umgegend.

m **Aschersleben,** 4. Februar. (Die Volksvereinsversammlung) vom Sonntag beschäftigte sich zuerst mit politischen und kommunalen Angelegenheiten. Der jetzige Stand der Zolltariffrage wurde besprochen, sowie der Geheimerlaß des Marineministers einer eingehenden Kritik unterzogen. In kommunaler Beziehung wurde das Verhalten des hiesigen Magistrats gegenüber den Arbeitslosen gerügt, welche für 1,40 Mark „Notstands"arbeiten verrichten. Hervorgehoben wurde, daß die Arbeit eine sogenannte Notstandsarbeit gar nicht ist, sondern eine sehr notwendige Arbeit und daß die Stadtverwaltung durch die große Arbeitslosigkeit die Arbeit bedeutend billiger verrichtet bekommt als unter normalen Arbeitsverhältnissen. Zum mindesten müßte den Arbeitern der ortsübliche Tagelohn gewährt werden. —

kr. **Borne,** 4. Februar. („Leutenot.") Die Firma Köhne, Lücke u. Bökelmann mietete bisher ihre Knechte von Martini zu Martini. In diesem Jahre hat man eine Aenderung eintreten lassen und von Neujahr zu Neujahr gemietet. Da Neujahr schwerer Arbeit zu bekommen ist, glaubt man jedenfalls die Leuteflucht damit zu verhindern. Ein geeigneteres Mittel wäre eine Lohnerhöhung um 50 Prozent. Die meisten Bergarbeiter würden lieber in der Landwirtschaft arbeiten, nur die miserablen landwirtschaftlichen Löhne treiben die Leute in die Grube. —

Calbe a. S., 4. Februar. (Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder) erfolgt für die städtischen Volksschulen im Geschäftszimmer des Schulhauses am Kirchplatz für die Knaben am Montag, den 10. Februar d. J., von 8—10 Uhr; für die Mädchen am Dienstag, den 11. Februar, von 8—10 Uhr. Schulpflichtig werden alle Kinder, welche in der Zeit vom 1. Okt. 1895 bis zum 30. Sept. 1896 geboren sind. Für jedes Kind ist der Impfschein vorzulegen. Für die Kinder, welche hier getauft sind, ist der Tauftag anzugeben. Für die Kinder, welche in Calbe a. S. nicht getauft sind, ist der Taufschein vorzulegen. Kinder, welche nicht getauft sind, bedürfen nur des Geburtsscheines. Es steht natürlich den Eltern frei, auf die Ceremonie der Taufe zu verzichten. Alle Kinder sind von Vater oder Mutter persönlich vorzustellen; körperliche Gebrechen sind dabei anzugeben. —

Erfurt, 4. Februar. (Die gerettete Tugend.) Wegen Beleidigung von sechs Pastoren und eines Gymnasialdirektors, die in Sangerhausen einen Sittlichkeitsverein gegründet hatten, wurde der verantwortliche Redakteur der „Tribüne", Genosse Hennig, schon im August v. J. zu 2 Monaten und der Verfasser des fraglichen Artikels, Genosse Franz Stieber aus Sangerhausen, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hat jetzt die Revision der Angeklagten verworfen. Der Kampf für die Sittlichkeit kann in Sangerhausen nun wieder ungetrübt und ungestört seinen erfreulichen Fortgang nehmen. —

Halle, 4. Februar. (Arbeiterentlassungen und kein Ende.) 30 Mann entlassen wurden — wie wir dem „Volksbl." entnehmen — in der letzten Woche von der Maschinenfabrik Wernicke. Dies werden jedenfalls noch nicht die letzten sein, die diesem Betriebe den Rücken kehren müssen. Auch bei der Firma Deutert sind wieder Former entlassen worden und in der Halleschen Maschinenfabrik harren die im vergangenen Jahre Entlassenen immer noch der Wiedereinstellung. In dieser äußerst traurigen Zeit für den Arbeiter läßt Herr Weise häufig Ueberstunden machen, trotzdem nach dem Krankenkassenbericht auch in diesem Betriebe an 300 Arbeiter weniger beschäftigt sind als im Vorjahre. — Am Sonnabend ist im Weißenfelser Kohlenrevier 50 Bergarbeitern der Riebeckschen Montanwerke gekündigt worden. Auf der Köttwitzgrube sind unlängst die Löhne der Bergarbeiter ohne jede Angabe von Gründen um täglich 30 Pfg. gekürzt worden. —

ow. **Staßfurt,** 4. Februar. (Die leidige Konkurrenz) hat die hiesigen Restaurateure nach und nach genötigt, ihren Gästen ein Extra-Amusement zu bieten durch Damenkapellen, Komiker, Sänger und Sängerinnen und dergleichen. Die Sache hat in der That eine Ausdehnung genommen, die an groben Unfug grenzt, wie beispielsweise daraus hervorgeht, daß die Polizei-Verwaltung in einem Tage nicht weniger als sechs Gesuche zur Abhaltung von Singspiel-Konzerten empfing. Mehrere dieser Gesuche sind nun unter Hinweis auf die augenblicklichen traurigen Erwerbsverhältnisse nicht genehmigt worden. Damit ist also der Notstand amtlich anerkannt worden und hoffentlich werden die Behörden noch etwas mehr gegen ihn thun, als nur die Singspielkonzerte verbieten, sintemalen von einem solchen Verbot nicht ein Arbeitsloser satt wird. So wenig Gefallen wir an solchen „Konzerten" finden, so halten wir doch die Polizei für am allerungeeignetsten, den guten Geschmack der Bevölkerung zu fördern. —

-el. **Thale,** 4. Februar. (Die Volksvereinsversammlung) am Sonntag beriet das Organisationsstatut. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Robert Stansch gewählt. Zum Schluß wurde vom Genossen Schinkel noch zur Agitation und Verbreitung unserer Zeitung, sowie zu regem Besuch der Versammlungen aufgefordert, welche an jedem ersten Sonntag im Monat stattfinden. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Zahlreiche Schweine sind in Neuhaldensleben erkrankt, man vermutet eine Vergiftung, hervorgerufen durch die Fütterung von Kartoffeln mit Knollenauswüchsen; 100 Schweine sind schon gestorben. — Etwa 50 Touristen sind auf dem Brocken, obwohl die Temperatur abends in den letzten Tagen 12,6 Grad Kälte erreicht. — Wegen Fahrraddiebstahls wurde am Montag in Staßfurt ein Mann verhaftet. — Erhängt hat sich am Montag im Gefängnis der früher in Königslutter ansässige Bauunternehmer Heine, der bekanntlich wegen Brandstiftung in Stendal inhaftiert war. An den Diebstahl, durch den Heine seiner Zeit 6000 Mark verloren haben will, glaubt natürlich nun kein Mensch mehr. — In Ballenstedt a. H., wo die hochbetagte Mutter des Hauptmanns v. Sigsfeld wohnt, wird die Leiche des Verunglückten am Donnerstag beerdigt werden. — Wegen Obdachlosigkeit wurden in der Nacht zum Dienstag in Oschersleben drei Arbeiter verhaftet. — Aus der Ladenkasse gestohlen wurde in einem Geschäft in Oschersleben ein Betrag von 35 Mark. Das Geld wurde in einer Kassette aufbewahrt. Von dem Langfinger hat man noch keine Spur. —

Soziales.

Das Arbeitersekretariat Nürnberg

das erste Institut seiner Art in Deutschland, hat seine heurige Jahresversammlung abgehalten, in der Genosse Segitz den Bericht der Sekretäre erstattete. Als er im vorigen Jahre die Frequenzziffer von 15 444 mitteilte, knüpfte er daran die Vermutung, die zugleich auch als Wunsch gelten sollte, daß damit wohl der Beharrungszustand erreicht sei. Allein diese Voraussage hat sich nicht erfüllt. Die Zahl der Besucher stieg im Vorjahre auf 16 589. In diesem Jahre allein beträgt die Steigerung der Inanspruchnahme so viel wie in den drei vorangegangenen Jahren. Seit der Errichtung des Sekretariats hat sich die Frequenz mehr als verdoppelt. Die meisten Auskünfte und Schriftsätze betrafen die Sozialgesetzgebung. In Unfallsachen allein wurden 3722 Auskünfte erteilt. Auf dem Gebiete der Alters- und Invaliditätsversicherung sind besonders die Gesuche um Uebernahme des Heilverfahrens hervorzuheben. Bezüglich der Krankenversicherung wurde beobachtet, daß die Klagen im allgemeinen dahin erhoben werden, daß einerseits die Gemeindeversicherung von ihrer Befugnis zur Ueberweisung an Heilanstalten einen sehr ausgedehnten Gebrauch macht, andererseits muß aber auch konstatiert werden, daß eine Reihe von Privatkassen in dieser Beziehung sich ebenfalls Gewohnheiten zugelegt haben, die nicht zum Vorteil der Versicherten sind.

Unter den übrigen Auskünften stehen an erster Stelle die Mietsdifferenzen, die beweisen, daß die Rigorosität der Hausbesitzer auch in der Zeit, da die Nachfrage nach Wohnungen nicht so stark ist, nicht nachgelassen hat, und es wurde beobachtet, daß die Kenntnis der einschlägigen Gesetzesbestimmungen bei Mietern und Vermietern sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Den verschiedenen Bevölkerungsschichten nach betrachtet, giebt es, abgesehen von den Arbeitern, kaum einen Beruf, der nicht zur Kundschaft des Sekretariats sein Kontingent gestellt hätte. Unter den Gästen dieses Instituts befinden sich Architekten, Bürgermeister, Hebammen, Ingenieure, Kaufleute, Pfarrer, Nachtwächter, Pensionisten, Redakteure, Schutzleute, Studenten, Schauspieler usw. Damit ist bewiesen, daß sich das Sekretariat immer mehr zu einem öffentlichen Institut auswächst, dem auch bürgerliche Kreise Vertrauen entgegenbringen, das aber von Arbeitern allein unterhalten wird und seine Dienste der Gesamtheit unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Von den Besuchern waren nur 5005 organisiert. Der Prozentsatz der Organisierten hat sich dem Vorjahre gegenüber verringert. Von den Auskunftsuchenden hatten ihren Wohnsitz in Nürnberg 15 274, in Fürth 159, im übrigen Bayern 1028, in den übrigen deutschen Bundesstaaten 69, im Auslande 9.

Auch die Zahl der schriftlichen Ein- und Ausläufe hat sich in außerordentlich hohem Grade vermehrt, erstere betrugen 1459, letztere 4167, das sind 439 resp. 1737 mehr als im vorausgegangenen Jahre.

mittelt, von denen 21 für begründet, 6 für unbegründet und 5 für teilweise begründet erklärt wurden, die übrigen sind noch unerledigt.

Ueber die Berufsgenossenschaften bestehen die Klagen der Verletzten in unveränderter Weise fort. Im Berichtsjahre wurden allein 95 Berufungsschriften an die Schiedsgerichte und 25 Rekursschriften an das Reichs- und Landes-Versicherungsamt ausgefertigt. Die meisten eingelegten Berufungen waren erfreulicherweise von Erfolg. Das mittelfränkische Schiedsgericht ist unter seinem neuen Vorsitzenden bestrebt, das Gesetz mehr zu Gunsten der Verletzten auszulegen. Vom Reichs-Versicherungsamt kann das leider nicht gesagt werden; seit dessen Vorsitzender Boediker abgegangen ist, ist in die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes ein Geist eingezogen, der als geradezu feindlich den Versicherten gegenüber bezeichnet werden muß. Die meisten Klagen werden von den Verletzten über die Vertrauensärzte erhoben, und nicht mit Unrecht.

Nach dem Kassenbericht wurden vereinnahmt 11 232,91 Mark, verausgabt 11 696,06 Mark, so daß ein Defizit von 463,15 Mark vorhanden ist. Das Vermögen beträgt 9283,48 Mark. —

Die neue Berliner Parteidruckerei, welche im Laufe dieses Jahres für den Druck des „Vorwärts" auf dem Grundstück Lindenstraße 69 erstehen wird, wird in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker", dem Organ der tariftreuen Unternehmerorganisation folgendermaßen geschildert: „Zum Druck der Zeitung, die in einer Auflage von 66—70 000 Exemplaren erscheint, werden von der Firma König u. Bauer aufgestellt: eine Zwillings-Rotationsmaschine, welche in der Stunde 13 000 sechzehnseitige, eine Zweidecker-Rotationsmaschine, welche in der Stunde 24 000 zweiunddreißigseitige und eine Dreidecker-Rotationsmaschine, welche in der Stunde 24 000 achtundvierzigseitige Zeitungen ineinandergesteckt und gefalzt liefern. Die Zwei- und Dreidecker-Maschinen bieten den Vorteil, daß sie jede Produktion von zwei Seiten bis zur höchsten Ausnutzung von 24 bezw. 48 Seiten gestatten. Außer diesen Rotationsmaschinen für den Zeitungsdruck werden sechs einfache Schnellpressen aufgestellt. Sämtliche Maschinen werden mit elektrischem Einzel-Antrieb versehen und zwar mit Tandem-Motoren der Elektro-Motor-Dynamowerke Bergmann in Berlin, einem Maschinentypus, welcher bisher in Deutschland noch nicht zur Anwendung gelangte. Die Berliner Elektricitätswerke legen für diesen Betrieb einen besonderen Strang nach dem Grundstück. Welche erheblichen Mittel für diese Druckereieinrichtung aufgewendet werden, geht daraus hervor, daß die betreffenden Druckmaschinen einen Anschaffungswert von etwa 225 000 Mark haben." —

Eine Arbeitergenossenschaft gegen die Arbeitslosigkeit. Eine Versammlung der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei beschloß am Freitag, mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit, 2000 Brote zur Verteilung an die Arbeitslosen zu bringen. —

Vermischte Nachrichten.

* **Weiße Ostern?** In der Meteorologischen Gesellschaft zu Potsdam hat Professor Dr. Hellmann über den Charakter des Nachwinters schlimme Aussichten eröffnet. Nach Professor Hellmanns auf Erfahrung gestützte Annahme dürfe man mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit nach einem milden Vorwinter einen Nachwinter noch um die Osterperiode (Ende März oder Anfang April) erwarten. Es würden damit zwei Bauernregeln „Winterts nicht vor Weihnachten, so winterts nach Weihnachten" und „Grüne Weihnachten, weiße Ostern" Bestätigung finden. —

* **Ein schwerwiegender Entlassungsgrund.** In dem Dorfe Meerenschwand war ein Mädchen vorzeitig aus der Schule entlassen worden, weshalb die Schulpflege von verschiedenen Seiten Angriffen ausgesetzt war. Ein Mitglied rechtfertigte nun das Vorgehen der Schulbehörde also: „Allerdings wurde von der Schulpflege ein Mädchen unter 14 Jahren aus der Schule entlassen. Der Grund ist aber ein gewichtiger. Das Kind hat das respektable Gewicht von über 150 Pfund erreicht. Die Schulpflege fand, solche Jungfern paßten nicht mehr in die Primarschule. Die Begründung dieser Ansicht gehört nicht in die Zeitung. Sobald wieder eine 75 Kilo erreicht hat, wird ihre Mannrität ohne Prüfung abermals erkannt werden."

Die Sache hat ja eine humoristische Seite, aber das umfangreiche Kind darf man doch schließlich wegen seiner Körperfülle nicht geistig verkümmern lassen. Wir halten die frühzeitige Entlassung für durchaus ungehörig. —

* **Im Gelde verhungert.** Vor einigen Tagen starb, nach der „Tils. Allg. Ztg.", in W. die Rentiere Frau R., die im Gelde thatsächlich verhungert ist, an Entkräftung. Daß die bis zum Geiz sparsame Frau Geld gespart habe, wußte jeder, daß sie aber den lachenden Erben 300 000 Mark hinterlassen werde, daran hatte wohl keiner geglaubt. An einem Hering und einigen kalten Kartoffeln aß die Frau, die ein hohes Alter erreicht hat, oft zwei bis drei Tage. —

* **Die Königin der Halle** ist, wie alljährlich, nun wieder in Paris mit großem Pomp erwählt und feierlich gekrönt worden. In einem Saale unweit der Markthalle hatte sich alles, was zur Halle gehört, versammelt. Dann wurde zur Wahl geschritten. Auf einem Podium nahmen drei junge Mädchen, die „Thronprätendentinnen", Platz. Die meisten Stimmen vereinigte Fräulein Berthe Fossier auf sich, eine bildhübsche Blondine von 20 Jahren. Die Präsidentin des Komitees verkündete das Resultat der Wahl, das Orchester blies Tusch, und der jungen Königin wurde eine Krone, gewunden aus weißen Rosen, auf das Haupt gesetzt. Nachdem man noch drei Ehrendamen für die Königin gewählt hatte, nahm diese auf einem improvisierten Thron Platz, die Anwesenden defilierten vorbei und brachten ihre Glückwünsche dar. Ein großer Ball beschloß die Krönungsfeierlichkeit. —

Kleine Chronik.

Im Elberfelder Militärbefreiungsprozeß erklärten am Dienstag die sachverständigen Aerzte, daß die zu den Losungsscheinen der Angeklagten festgestellten Befunde zuträfen oder zutreffend gewesen seien, so daß man auch zu keinem anderen Urteil gelangt sein würde. Der Erste Staatsanwalt gab unter diesen Umständen die Erklärung ab, es sei unmöglich, den vom Reichsgericht geforderten Beweis zu erbringen, daß die Befunde unrichtig seien. Auf die weitere Beweisaufnahme wurde allerseits verzichtet. Zu Donnerstag, den 6. Februar, sind noch weitere sechs Zeugen geladen, auf deren Vernehmung die Verteidigung besteht; sie sollen über Dr. Schimmels Charakter und Verhalten aussagen. Wie der Erste Staatsanwalt noch weiter mitteilt, hält er bei Baumann und der Witwe Dieckhoff auch Betrug nicht für vorliegend. —

Unschuldig verurteilt.

Im vorigen Jahre wurde vom Thorner Kriegsgericht und auch vom Oberkriegsgericht des 17. Armeecorps wegen Achtungsverletzung und Beleidigung militärischer Wachen in Idealkonkurrenz mit Achtungsverletzung der Feuerwerks-Oberlieutenant Roggenbrod zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und zur Dienstentlassung verurteilt. Die beim Reichs-Militärgericht eingelegte Berufung hatte Erfolg — das Urteil zweiter Instanz wurde aufgehoben. Am Dienstag ist der Angeklagte völlig freigesprochen worden, nachdem er über ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen hat. — Da das Urteil nicht rechtskräftig geworden ist, hat das bedauernswerte Opfer einer irrigen Justiz keinen Anspruch auf Entschädigung: von Rechts wegen. —

Ein Mord

ist in Kalisch verübt worden. Der Banquier Wolf Cohn aus Kalisch hatte vor etwa 14 Tagen seine Wohnung verlassen, ohne in dieselbe zurückzukehren. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib blieben erfolglos. Auch eine Absuchung der Prosna innerhalb des Schleusengebietes war vergeblich. Nun hat — nach der „Ostdeutschen Rundschau" — ein Schiffer im Prosnawasser bei Kirchdorf einen zugenähten Sack gefunden, in welchem sich die Leiche des Vermißten befand. Dieselbe war stark zerschlagen. Vermutlich liegt hier ein Raubmord schwerster Art vor. Auf die Auffindung des Vermißten hatten dessen Angehörige eine hohe Belohnung ausgesetzt. Der Ermordete war 54 Jahre alt. —

Kleine Tageschronik. Bei den Rheinischen Stahlwerken in Ruhrort haben sich am Montag sechs Personen am Hochofen verbrannt. Ein Meister und ein Arbeiter waren sofort tot; die übrigen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. — Der Arbeiter Masloff, der in der Konitzer Mordaffaire einen Meineid geleistet hatte und zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden war, ist nach Verbüßung dieser Strafe aus dem Graudenzer Zuchthause jetzt entlassen worden. — Am 1. April dieses Jahres soll die ständige militärische Besatzung der Stadt Konitz probeweise aufgehoben werden, da Ruhestörungen nicht mehr zu befürchten sind. Wir halten diese Besatzung schon lange für überflüssig. — Der unter dem Verdacht, die gräflich Schaffgosch'schen Förster Klamt und Weniger ermordet zu haben, verhaftete Restgutsbesitzer August Sellig aus Lichtenwaldau ist aus der Untersuchungshaft in Hirschberg entlassen worden. — Die Altenbekener Eisenbahn-Katastrophe wird voraussichtlich im Laufe des Monats März die Strafkammer in Paderborn beschäftigen. — In Berlin ist wieder einmal ein Kind von der Straßenbahn überfahren worden und sofort gestorben. — Infolge von Schneefällen gingen bei Peveragno in Italien Lawinen nieder, wodurch ein Haus niedergerissen wurde und mehrere Menschen verunglückten. — Der Gerichtshof zu Leutschau (Ungarn) verurteilte den gewesenen Vice-Notar Emil Fuezessery, welcher im August 1900 den Wiener Banquier Sigmund Flesch während der Jagd erschoß, wegen fahrlässiger Tötung zu vier Monaten Gefängnis. — In dem zum Petrosenyer Revier gehörigen Deakschachte der Salgo-Tarjaner Bergbaugesellschaft in Ungarn erfolgte nach einer Sprengung eine durch Brand verursachte Kohlenexplosion, bei welcher sechs Personen getötet und vier verwundet wurden. — Guglielmo Marconi erklärte einem Mitarbeiter des „Giornale d'Italia", er beabsichtige binnen wenigen Wochen an die Errichtung von Stationen für drahtlose Telegraphie entweder in Neufundland oder in Canada zu gehen. —

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 4. Februar.

Zum Meineid getrieben. In nichtöffentlicher Sitzung wurde gegen die geschiedene Telegrabhenbote Anna Tressel, geb. Künstler, hier, geboren 1860, vorbestraft, wegen wissentlichen Meineides verhandelt. Der Eid ist am 14. Oktober v. J. vor der hiesigen Landgerichts-Strafkammer in der Untersuchungssache gegen die Schwarzschen Eheleute wegen Kuppelei, geleistet. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage mit dem Strafmilderungsgrunde aus § 157 des Str.-G.-B.s. Demgemäß erkannte der Gerichtshof auf ein Jahr Gefängnis. —

Wünschenswert wäre es, wenn niemand mehr unter seinem Eide die Frage vorgelegt würde, ob er sich einer strafbaren That schuldig gemacht hat. Die Zeugnisverweigerung wirkt der Bejahung gleich; es ist wenig human, jemand zur Selbstbezichtigung zu zwingen. —

Vereine und Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Das Wintervergnügen der Installateure und Klempner findet am Sonnabend, den 8. Februar, statt. Einlaßkarten für unsere Mitglieder sind im Bureau, Knochenhauerufer 27/28, 1 Treppe, zu haben. —

Freie Religionsgesellschaft. Heute, Donnerstag, abends 8¼ Uhr, hält Herr Kramer im Gemeindehause, Marstallstraße 1, einen Vortrag über: „Gottesglauben und Vernunftglauben". An den Vortrag schließt sich eine Diskussion an. Der Zutritt ist jedermann gestattet —

Donnerstag, 6. Februar:

Männer-Turnverein „Frischauf", Magdeburg. Jeden Montag und Donnerstag Turnstunde in der städt. Turnhalle Augustastraße 22-23. Eingang Bismarckstraße.

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Jeden Montag und Donnerstag Uebungsstunde der Männerabteilung in der städtischen Turnhalle, Umfassungsstraße 76.

tag abends 8 Uhr Turnstunde im „Thalia", Dorotheenstr. 1

Turnverein Jahn, Sudenburg. Jeden Donnerstag abend von 8 bis 10 Uhr Turnen der Damen-Abteilung in der „Zerbst Bierhalle", Schöningerstraße. Anmeldungen werden da en gegengenommen.

Arbeiter-Radfahrklub „Freiheit". Jeden Donnerstag abends 8 U Saalfahren und Versammlung im „ reikaiserbund".

1. Alte Neustädter „Harmonika"-Verein. Jeden Donnerst Uebungsstunde bei Georg Winter, Rogätzerstraße 80.

Musikalischer Vergnügungsverein „Lyra", Magdeburg-Neustad Jeden Donnerstag abend Uebungsstunde in der Gemütlichkei Schmidtstraße.

Sudenburger Musikverein Hoffnung. Jeden Donnerstag Uebungs stunde im „Reiseonkel", Kurfürstenstraße 32. Mitglied werden dort aufgenommen.

Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft", Neue Neustadt. Jede Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Bartels, Fabriker straße.

Radfahrklub „Sturm". Jeden Donnerstag abend Vereinsabend i „Luisenpark" Spielgartenstraße 1.

Sudenburger Arbeiter-Gesangverein. Uebungsstunde jeden Donners tag abend bei Naumann, Michaelstraße 16.

Radfahrerklub Stern. Jeden Donnerstag Saalfahren und Zu sammenkunft in der „Zerbster Bierhalle".

Groß-Ottersleben. Erster Groß-Ottersleben Radfahrer Club. Jeden Donnerstag abend Saalfahren bei Strump

Diesdorf. Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag aben 8 Uhr Uebungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zu weißen Roß.)

Olvenstedt. Arbeiter-Turnverein „Freiheit". Jeden Donnerstag abend 8 Uhr Turnen der Damenabteilung bei A. Schinke. Dort selbst werden Anmeldungen entgegen genommen. —

Wolmirstedt. Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag Uebungsstunde im „Gasthof zum Schwan". Daselbst werden Mitglieder aufgenommen.

Burg. Radfahrerverein „Falke". Jeden Donnerstag Saalfahren im „Hohenzollern-Park."

Briefkasten.

F. F. in B. Unter den gegebenen Verhältnissen können Sie nach § 544 des B. G. ohne Kündigung ausziehen. —

F. G. in B. So lange Sie gestellungspflichtig sind, müssen Sie ärztlich beglaubigte Atteste über Ihren Gesundheitszustand einreichen. Die Militärbehörde ist zu einer Untersuchung nicht verpflichtet.

F. L., Burg. Nach § 36 der Gesinde-Ordnung ist die Herrschaft leider im Recht. Daß derartige bereits gegebene Geschenke nachträglich wieder am Lohn angerechnet werden können, wenn das Dienstmädchen innerhalb eines Jahres den Dienst aufgiebt, ist eine Schande für unser Vaterland, aber leider vorläufig noch Gesetz. —

K. N., Thale. Vorläufig kein Platz dazu, vielleicht später. —

Neuhaldensleben-Wolmirstedt. Bezirk Barleben 42,35. — Bezirk Olvenstedt 10,00. — Bezirk Niederndodeleben 10,00. — A. P., Olvenstedt 9,00. — M. L., Olvenstedt 1,60. — A. H., Olvenstedt 2,00. — H. H., Olvenstedt 2,00. — Sylvester-Tanz Ehrecke 2,70. — Sylvester-Tanz Schinke 3,35. — Sylvester-Tanz Hirschfeld 1,20. — Ein Tanz Sänger-Ball Olvenstedt 5,25. — Ein Tanz bei Hirschfeld in Olvenstedt 2,50. — Skatspielen F. G. in Niederndodeleben 1,00. — Ueberschuß von Richte-Krone 0,40. —

Marktberichte.

Magdeburg, 4. Februar. Weizen, Shirriff 166—170 Mk., Sommerweizen 165—169 Mk., Rauhweizen fehlt. Roggen 144 bis 148 Mk., je nach Lage der Station bezahlt. Gerste, Landware 150 bis 155 Mk., mittlere Chevaliers und feine Landgerste 160—163 Mk., gute Chevaliers 168—173 Mk. Feinste Qualitäten bleiben über höchste Notiz gesucht, fehlen aber fast ganz. Hafer 158—162 Mk. ab Station gehandelt. Erbsen, Victoria 197—217 Mk. je nach Qualität. Mais nur in runder Ware zu 126—128 Mk. am Markt, für Frühjahr 124 Mk. gefordert, Mixed fehlt. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 4. Februar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 164 Rinder, 194 Kälber, 170 Schafvieh rc., 835 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 33—34 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 30—32 Mk., c) mäßig genährte junge und ältere 27—29 Mk., d) gering genährte jeden Alters 23—26 Mk. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren ———, b) vollfleischige jüngere 29—30, c) mäßig genährte jüngere und ältere 26—28 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 23—25 Mk. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes ——— Mk., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren ——— Mk., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 24—25 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 21—23 Mk., e) gering genährte Kühe und Färsen 17—20 Mk. Kälber: a) feinste Mast- 42—45 Mk., b) mittlere 35—41 Mk., c) geringe Saugkälber 25—34 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) 20—24 Mk., Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 28—30 Mk., b) ältere Masthammel 24—27 Mk., c) mäßig genährte 20—23 Mark. Schweine: a) vollfleischige 63 Mk., b) fleischige 61 bis 62 Mk., c) gering entwickelte 59—60 Mk., d) Sauen und Eber 48—58 Mark bei 40—60 Pfund Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara. Verlauf und Tendenz: Rinder sehr flau, sonst mittelmäßig. Ueberstand: 40 Rinder, 20 Schafe, 20 Schweine. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null

					Fall	Wuchs
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	2. Febr.	+ 0.22	3. Febr.	+ 0.18	0.04	—
Laun	„	+ 0.76	„	+ 0.46	0.30	—
Budweis	„	+ 0.07	„	+ 0.06	0.01	—
Prag	„	+ 0.19	„	+ 0.14	0.05	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	3. Febr.	+ 1.60	4. Febr.	+ 1.50	0.10	—
Trotha	„	+ 2.46	„	+ 2.42	0.04	—
Alsleben	„	+ 2.37	„	+ 2.20	0.15	—
Bernburg	„	+ 1.92	„	+ 1.85	0.07	—
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.78	„	+ 1.74	0.04	—
do. Unterpg.	„	+ 1.64	„	+ 1.54	0.10	—
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	3. Febr.	+ 1.07	4. Febr.	+ 1.03	0.04	—
Elbe.						
Pardubitz	2. Febr.	+ 0.30	3. Febr.	+ 0.25	0.05	—
Brandeis	„	+ 0.57	„	+ 0.54	0.03	—
Melnik	„	+ 0.21	„	+ 0.16	0.05	—
Leitmeritz	„	+ 0.34	„	+ 0.16	0.18	—
Außig	3. „	+ 0.57	4. „	+ 0.54	0.03	—
Dresden	„	— 0.70	„	— 0.85	0.15	—
Torgau	„	+ 1.72	„	+ 1.55	0.17	—
Wittenberg	„	+ 2.52	„	+ 2.41	0.11	—
Roßlau	„	+ 2.65	„	+ 1.97	0.08	—
Barby	„	+ 2.53	„	+ 2.44	0.09	—
Schönebeck	„	+ 2.36	„	+ 2.28	0.08	—
Magdeburg	4. „	+ 2.00	5. „	+ 1.97	0.09	—
Tangermünde	3. „	+ 3.34	4. „	+ 3.42	—	0.08
Wittenberge	„	+ 3.00	„	+ 2.90	0.10	—
Dömitz, Pegel	„	+ 2.77	„	+ 2.64	0.13	—
Lauenburg	„	+ 2.75	„	+ 2.61	0.14	—

Auf den erwähnten Vorwurf Scheidemanns hin wurde der bayerische Landesvorstand als Schiedsgericht in dieser Sache bestimmt. Das Schiedsgericht tagte am 26. Januar und stellte durch Zeugen sowie durch das offene Geständnis der Beteiligten fest, daß der betreffende Artikel von den Genossen Herrmann, Eitzinger, Speyerer und Scherm gemeinsam verfaßt und in den „Kurier" lanciert wurde. Die Angeschuldigten brachten vor, daß sie im Parteiinteresse zu handeln glaubten, sie hätten den „Kurier", der immer Artikel aus angeblich „sozialdemokratischen Kreisen" brachte, hineinlegen und abschrecken wollen, fernerhin solche Zuschriften zu bringen. Es sollte auch die Opposition durch das Erscheinen eines Berichtes über ihre Zusammenkunft in einem gegnerischen Blatte stutzig gemacht werden, um dadurch einer Zersplitterung der Parteikräfte in Anbetracht der Ersatzwahl, die damals vor der Thüre stand, vorzubeugen.

Das Ergebnis der Schiedsgerichts-Verhandlungen lag am Donnerstag dem Parteiausschuß vor, der zu dem Beschluß kam, der Generalversammlung keine mildere Beurteilung des Falles, sondern eine strenge Strafe, und zwar den Ausschluß aus dem Sozialdemokratischen Verein vorzuschlagen. In der Generalversammlung, der auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Südekum anwohnte, entspann sich eine längere Debatte für und wider. Ein Teil der Redner war für rücksichtsloses Vorgehen, andere wollten mildernde Umstände gelten lassen und nicht den Ausschluß, sondern nur einen strengen Tadel unter Aberkennung der Ehrenämter verhängt wissen, wieder andre plaidierten für eine Ausnahme in Bezug auf den Genossen Scherm, dessen Schuld in dieser Sache geringer sei. Von Scherm selbst lag ein Brief vor, worin er bemerkt, er erachte es bei der gegenwärtigen Aufregung und Verwirrung für aussichtslos, die Generalversammlung durch persönliche Erklärungen zu einer objektiven Würdigung der Angelegenheit veranlassen zu können, daher bleibe er der Versammlung fern. Er verweist darauf, daß er der Partei über 30 Jahre angehöre und über 17 Jahre Leiter des Vereins gewesen sei. Während dieser Zeit habe er sich gern jeder Arbeit für die Partei unterzogen, diese Thätigkeit bilde einen Hauptteil seines Lebensinhaltes. Wenn er nun sehe, daß eine unglückliche That, begangen unter heute ihm selbst unerklärlichen Umständen, und die er aufrichtig bedaure, hinreichend sein solle, nicht nur all das, was er im Leben für die Partei gethan, aufzuwiegen, sondern auch noch hinreichen soll, ihn auszuschließen, dann bleibe ihm keine andere Wahl, als auszutreten und dadurch dem Verein die Begehung eines Unrechts zu ersparen. In Konsequenz seines Austrittes werde er auch sein Landtagsmandat niederlegen.

Die Versammlung kam zu dem Beschluß, alle in der Versammlung von Rednern eingebrachten Anträge abzulehnen, dagegen den Antrag des Ausschusses auf Ausschluß aller Beteiligten anzunehmen.

Es wurde ferner beschlossen, das Parteisekretariat beizubehalten. An Stelle des Genossen Herrmann wurde dann Genosse Beist als Parteisekretär gewählt.

Die „Münchener Post" bemerkt zu der Nürnberger Angelegenheit: „Ein Urteil, von dem wir sagen müssen, daß es ein Produkt der Erregung und nicht der Erwägung ist. Gewiß ist das Verhalten der vier Genossen, gewiß ist ihr unlauteres Preßmanöver als durchaus verwerflich entschieden zu tadeln. Aber Südekum hat recht, die näheren Umstände dieser That waren zu berücksichtigen. Sogar der „Fränk. Kurier" muß zugeben, daß der damalige Bericht (die Affaire ist beinahe zwei Jahre alt!) im Interesse der Parteileitung lanciert worden war.

Aber es scheint, die Nürnberger Aufregung wollte ihre Opfer haben. Nicht gefallen will uns die Rolle des Genossen Scheidemann, der post festum als öffentlicher Ankläger auftritt. Eine Rolle, die dem Leiter eines Parteiorgans, das über den persönlichen Zänkereien zu stehen hat, nicht wohl ansteht." —

Totenliste der Partei. In Hamburg starb im Alter von 72 Jahren der Schuhmacher Karl Offen. Er war, wie das Hamburger „Echo" in dem Nachruf für den Verstorbenen sagt, einer der Kämpen, die schon in der Sturmzeit 1848/49 tapfer für die Demokratie eintraten. — Einer der ältesten Berliner Parteigenossen, der Schriftsetzer Friedrich Milke, ist am 16. Januar nach schwerer Krankheit in New-York gestorben. Neben Metzner, Kayser, Auer, Bernstein usw. zählte er von Anfang an zu der in Berlin damals schwachen Gruppe der sog. „Eisenacher". —

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Achtung, Zimmerer! Die Zimmerer in Goldberg (Mecklenburg) sind seit einiger Zeit ausgesperrt. Vermittelungsversuche des Bürgermeisters Simonis scheiterten. —

Auf der Germaniawerft in Kiel sind kürzlich 15 Maler entlassen; jetzt ist eine weitere Massenentlassung von 35 Arbeitern desselben Berufs gefolgt. Die Entlassungen betreffen durchweg Angehörige der höheren Lohnklassen, während die später eingestellten, den niedrigeren Lohnklassen angehörenden Maler bleiben durften. — Sollten durch Inserate und Agenten Maler nach Kiel gesucht werden, dann wissen diese jetzt, um was es sich handelt. —

Professor Dr. Salomon Jadassohn, der bekannte Komponist und Musiktheoretiker, langjähriger Lehrer am Leipziger Konservatorium, ist am 1. Februar im Alter von 70 Jahren gestorben. Jadassohn war Schüler von Liszt und Hauptmann. — Richard Strauß legt auf die Feststellung Wert, daß nicht er der Verfasser der im Verlage von Schuster u. Loeffler erscheinenden Broschüre „Strauß contra Wagner" ist, sondern der Schriftsteller Dr. Erich Urban. — Der Vorstand des Berliner Goethebundes erklärt, daß an ihn zwar die Anregung gekommen sei, dem Kaiser wegen des Goethedenkmals eine Huldigung darzubringen, daß dieser Anregung aber nicht Folge gegeben worden sei. — Die Berliner Censur hat die Aufführung von Paul Heyses Drama „Maria von Magdala" im Lessing-Theater verboten. — Die Aufführung des Björnsonschen Dramas „Maria von Schottland" wird im Berliner Theater vorbereitet. — Am 27. Januar vor hundert Jahren wurde der schwäbische Lieder-Komponist Johann Rudolph Zumsteeg geboren. Zumsteeg hat für die Entwicklung des deutschen Liedes eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Seine Balladen und Lieder weisen direkt auf Schubert hin, sind auch nachweislich von starkem Einfluß auf den Liederfürsten gewesen. — Die bekannte Heroine des Berliner Schauspielhauses Rosa Poppe hat eine grimmige Bierrede gegen die Modernen gehalten. Ibsen, Hauptmann, Hartleben, alle bekamen sie ihr gehöriges Teil. Ihre Kunst drücke nieder, mache pessimistisch, sei nicht gesinnungstüchtig. Aber, also sprach Roschen Poppe, die Kunst soll erheben, soll aufheitern. Ihr Ideal sei Maitre Coquelin, der große komische Komödiant. Auch über die grimmigsten Schurken seines Repertoirs könne man noch lachen. So weist die jüngste Kunstrichterin Frau Poppe dem modernen Schauspiel entrüstet die Thür. Berlin lachte. — Der bekannte Inhaber der Konzert-Direktion Wolff in Berlin, Hermann Wolff, ist im Alter von 56 Jahren gestorben. — Das Urteil in dem Prozeß des Schauspielers Schönfeld gegen seinen Direktor Neumann-Hofer ist nunmehr gefällt worden. Es führt aus, daß dem Direktor kein Recht zustehe, von seinen Künstlern zu beanspruchen, sich überhaupt, geschweige denn zum Zwecke der Veröffentlichung in einer Zeitschrift, allein oder in einer Scenengruppe, in der er beschäftigt ist, photographieren zu lassen. Der Künstler ist auf Grund seines Dienstverhältnisses nur verpflichtet, seine schauspielerische, seine künstlerische Thätigkeit dem Kunstinstitut zu widmen. — Baronin Bertha von Suttner, die bekannte Streiterin für den Frieden und Verfasserin des Buches „Die Waffen nieder", ist, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, als Kandidatin für den nächsten Nobelschen Friedenspreis vorgeschlagen worden. — Nach einer Meldung aus Cuxhaven ist es dort gelungen, mit einem Apparat nach dem System Slaby-Arco nach Esbjerg an der Westküste von Dänemark, das heißt auf eine Entfernung von 220 Kilometern, drahtlos zu telegraphieren. —

Die Forderungen der Textilarbeiter in Neumünster (Schleswig-Holstein) sind nunmehr vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts den Fabrikanten zugestellt worden. —

Die Verwaltung des Oesterreichischen Lloyd bewilligte teilweise die Forderungen der ausständigen Heizer, sie lehnte jedoch die verlangte Herabsetzung der Arbeitszeit im Hafen um $2^1/_2$ Stunden ab. Eine Verkehrsstörung ist bis jetzt nicht eingetreten. —

oc. **Der Bund der französischen Bergleute** hat nunmehr seinen nächsten Kongreß auf den 4. März in Alais festgesetzt. Den wichtigsten Beratungsgegenstand wird die Frage der Regelung der Arbeitszeit in den Bergwerken bilden. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 4. Februar 1902.

Wieder ein Freigesprochener, der Fleisch durch Präservesalz „verbessert" hat. Der Fleischermeister Hermann Fischer hier hatte dem Hackfleisch Präservesalz zugesetzt, obwohl er vom Obermeister der Innung auf das Unzulässige dieses Verfahrens aufmerksam gemacht worden war. Fischer gab an, er habe den 30 Pfund Hackfleisch nur eine ganz geringe Menge Präservesalz, so viel wie man mit drei Fingern fassen könne, hinzugesetzt. Präservesalz konserviere das Fleisch, es behalte die ursprüngliche frische, rote Farbe, und das Publikum werde nicht getäuscht. Eine Verfälschung liege daher nicht vor. — Der Chemiker Dr. Stegelitz hier hat eine Probe des Hackfleisches untersucht und gefunden, daß pro Pfund 0,7 Gramm Präservesalz hinzugesetzt war. Präservesalz sei geeignet, die frische Farbe des Fleisches längere Zeit zu erhalten. Der Fäulnisprozeß werde durch den Zusatz nicht gehindert, sondern nur 1 bis 2 Tage hinausgeschoben. Nach dem Zusatz des Präservesalzes könne man nicht mehr beurteilen, wie das Fleisch vorher beschaffen gewesen sei. Das Publikum werde in den Glauben versetzt, es kaufe ganz frisches Fleisch. Hackfleisch könne man beim Beginn des Zersetzungsprozesses durch Zusatz von Präservesalz wieder frisch machen. Der Zusatz sei thatsächlich geeignet, den Fäulnisprozeß um einige Tage hinauszuschieben. Das Publikum werde insofern getäuscht, als es frisch gehacktes Fleisch zu bekommen wähne. Der Chemiker Dr. Lebbin aus Berlin führte dagegen in seinem Gutachten aus, daß nach den gemachten Feststellungen der Zusatz von Präservesalz der Gesundheit nicht schädlich sei. Präservesalz konserviere das Hackfleisch, und eine Konservierung sei keine Verfälschung. Der Zusatz von Präservesalz habe nur den Zweck, daß das Hackfleisch beim Käufer das frische Aussehen behalte, das gelte namentlich vom Morgen bis zum Abend. Der Staatsanwalt beantragte, auf 50 Mark Geldstrafe zu erkennen; der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung und sprach in den Urteilsgründen aus, es könne dahingestellt bleiben, ob Nahrungsmittelverfälschung vorliege, jedenfalls könne das nach dem Gutachten des Dr. Lebbin zweifelhaft sein. Der Angeklagte habe aber aus einem früheren Strafprozesse durch die Zeitungen erfahren, daß die damaligen Angeklagten freigesprochen seien, es sei ihm daher nicht nachzuweisen, daß er gewußt habe, es liege eine Nahrungsmittelverfälschung vor. —

Radfahrer eigener Art. Die Arbeiter Reinhold Bartel und Ernst Wartenberg kauften sich im Mai 1901 von dem Vertreter eines Händlers in Helmstedt je ein Fahrrad zum Preise von 165 Mark auf Abzahlung. Kurze Zeit darauf verkauften sie die Räder an einen hiesigen Althändler für je 50 Mark; sie wurden wegen Unterschlagung zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Ein betrogener Kellnerlehrling. Der schon öfter vorbestrafte Handelsmann Otto Kersten hier, brachte im September 1901 ein Fahrrad an sich, das ein Kellnerlehrling sich von einem Mechaniker geliehen hatte und gab darauf ein Darlehen von angeblich 4,50 Mark und verkaufte es sofort wieder für 30 Mark. Er erhielt wegen Unterschlagung 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Vermitteltes Geschäft. Der Häuser- und Hypothekenmakler August Finzelberg hier bekam im Sommer 1901 von dem Gastwirt Klein zu Groß-Lübars den Auftrag, seinen Gasthof für 38 000 Mark zu verkaufen, und trat mit dem Makler Heinrich in Verbindung, der bereits früher denselben Verkaufsauftrag erhalten und einen Revers über 800 Mark Provision in Händen hatte. Sie verabredeten, das Geschäft gemeinschaftlich zu machen und die Provision zu teilen. Hinter dem Rücken von Heinrich ließ sich dann Finzelberg von Klein einen Revers über 1000 Mark ausstellen und bewog später Heinrich, seinen Revers zurückzugeben. Schließlich schloß Finzelberg den Verkauf allein ab. Hinterher entstanden Differenzen und Klein ermäßigte den Kaufpreis auf 36 000 Mark, weigerte sich dann aber, die vollen 1000 Mark Provision zu zahlen und bot Finzelberg 500 Mark an, wenn er ihm den Revers zurückgebe. Finzelberg nahm 500 Mark in Empfang und gab den Revers zurück, so daß Heinrich leer ausging. Finzelberg hatte sich aber von Klein eine Bescheinigung ausstellen lassen, wonach die 500 Mark als Provisionsanteil gezahlt waren und diese dem Heinrich später vorgezeigt. Heute hatte sich Finzelberg wegen Betrugs zu verantworten, wurde aber freigesprochen.

Trebertrocknungs-Prozeß.

In der heute fortgesetzten Verhandlung wurden die Geschäftsberichte der Gesellschaft vorgelesen, zu welchen die Angeklagten erklären, sie hätten sie für richtig befunden und sie seien von der Rentabilität des Bergmann-Patents überzeugt.

Bei der weiteren Verlesung der Geschäftsberichte betonte der Staatsanwalt, er könne durch beschlagnahmte Briefe nachweisen, daß die Angeklagten nicht in gutem Glauben gehandelt haben. Der Sachverständige, Konkursverwalter Frieß, bezeichnete die Lage der Konkursgläubiger als eine sehr traurige. Die bevorrechtigten Forderungen betrugen 827 600 Mark, die bestrittenen 64 Millionen Mark, ausgesetzt seien 72 Millionen Mark. Der Konkursverwalter giebt noch an, daß Schmidt in den Jahren 1895-96 zwecks Herausrechnung eines Gewinnes Verträge mit Tochtergesellschaften in den Büchern eskomptiert, Licenzen kapitalisiert und deren Forderungssumme als Aktivsumme für die Treber-Gesellschaft eingestellt hat. Die Bücher der Gesellschaft seien völlig in Unordnung gewesen, so daß sich eine Konkursbilanz nicht aufstellen ließ. In der Masse hätten sich 2000 Mark bar befunden. Der Konkursverwalter der Leipziger Bank habe 500 000 Mark zur Fortsetzung des Betriebes geliehen. Die Aktivmasse betrage zwei Millionen und könne sich im günstigsten Falle noch um ½ bis 1 Million erhöhen. Die Schulden der Trebergesellschaft betrügen ca. 168 Millionen Mark, davon kämen 70 bis 80 Millionen auf das Konto der Leipziger Bank. Die Gesellschaft habe mit der Trebertrocknung fortgefahren, obgleich mit den Apparaten so gut wie nichts verdient worden sei. Das persönliche Erscheinen des Direktors Schmidt werde an dem thatsächlichen Bilde nichts ändern. Fast alle Tochtergesellschaften hätten nicht nur keinen Gewinn, sondern Verlust gehabt. Weißwasser sei augenscheinlich nur gegründet worden, um Wechsel beschaffen zu können. Bei der Gründung einer anderen Tochtergesellschaft haben die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder Statisten gespielt; es sei ihm geradezu unverständlich, wie man an das Bergmannsche Patent, das erst 1895 ins Leben getreten sei, von vornherein solche Hoffnungen knüpfen konnte. Auf die Frage des Justizrats Dr. v. Gordon bemerkt der Konkursverwalter: Er habe sämtliche Aufsichtsratsmitglieder schadenersatzpflichtig gemacht. Die Familie Schulz-Dellwig habe sich inzwischen mit einer Million Mark abgefunden. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Berlin, 5. Februar. Das „Berl. Tgbl." meldet aus Bern: Ueber die angeblich projektierten deutschen Befestigungsbauten bei Basel hat der Bundesrat Erkundigungen eingezogen, welche ergaben, der deutsche Generalstab habe Studien und Messungen auf dem Terrain vornehmen lassen, auf eine Verwirklichung des Projekts lasse aber nichts schließen. Daher sei von Vorstellungen bei der Reichsregierung Abstand genommen und die Affaire ad acta gelegt worden. —

Gera, 5. Februar. In neuerer Zeit hat man den Plan gefaßt, mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse der Eisenbahnübergänge und der Bahnhöfe in Gera den preußischen und sächsischen Bahnhof zusammenzulegen. Auch die Erbauung der Eisenbahnlinie von Gera nach Münchenbernsdorf steht im Vordergrunde des Interesses. —

Perth, 5. Februar. Die Behörden weigern sich, verschiedenen italienischen Arbeitern die Landung zu gestatten. —

Frankfurt a. M., 5. Februar. Die „Frankf. Ztg." berichtet aus London: **James Mawdsley,** Sekretär des Baumwollspinner-Verbandes und Arbeiterführer in Lancashire ist gestern gestorben. Er war, obwohl **entschiedener Trade Unionist,** doch konservativ und kirchlich gesinnt und trat 1899 als konservativer Parlamentskandidat für Oldham auf. —

Ausstandsnachricht.

Triest, 5. Februar. Nachdem die **Heizer** der gestern früh eingelaufenen Lloyddampfer „Selens", „Aglaja" und „Bosnien" sich dem Streik angeschlossen haben, so erbat sich die Direktion Aushilfe durch Heizer der Kriegsmarine, welcher Bitte nach Möglichkeit willfahrt werden wird. —

Gera, 5. Februar. Wegen **schwerer Körperverletzung** und Bedrohung wurde gestern der Arbeiter Franz Gräse, der seine Frau in unmenschlicher Weise geschlagen und gedroht hatte, sie mit dem Beile zu erschlagen, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. —

Der Trebertrocknungsprozeß.

Cassel, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zur heutigen Verhandlung des Trebertrocknungsprozesses erschienen als Zeugen das Mitglied des Herrenhauses Schmieding, Oberbürgermeister von Dortmund, ferner der Generaldirektor der Unionsbrauerei Brauns und der frühere Direktor der Leipziger Bank Exner. Den Zeugen wurde mitgeteilt, daß sie erst am Freitag vernommen werden könnten und ihnen bis dahin Urlaub erteilt sei.

In der heutigen Verhandlung wurde der vereidigte Bücherrevisor Schlieper vernommen. Selbiger hat die Bücher bis 1894 nachrevidiert und konstatiert, daß die Verschleierungen und die Schiebungen davon herrühren, daß die Bilanzen falsch aufgestellt sind. Wenn ein Laie Kenntnis von den so gezogenen Bilanzen genommen hat, so muß er den Eindruck haben, daß das Unternehmen gut fundiert war. Schon früher sei eine Bilanz des Jahres 1894 geprüft worden und hätte Bedenken erregt. Indessen sei es nicht möglich gewesen, Unregelmäßigkeiten nachzuweisen.

Der Sachverständige geht nunmehr die einzelnen Bilanzen durch. Die Bilanz vom 31. März 1896 z. B. schließt mit einem Reingewinn von 850 968 Mark 34 Pfg., während in Wirklichkeit ein Minus vorhanden war. Das war das Jahr, in welchem die Trebergesellschaft die Bergmannschen Patente angekauft hatte. Auch wurde die Bilanz bereits für gelieferte Maschinen mit dem Kaufpreise belastet, obwohl die Lieferung thatsächlich noch gar nicht erfolgt war. —

40 Breiteweg Sudenburg Breiteweg 40

Gänzlicher Ausverkauf

des großen Lagers in

Herren- u. Knaben-Garderobe

zu außergewöhnlich niedrigen Preisen wegen Todesfalles und Aufgabe dieser Artikel.

Der frühere und jetzige Preis ist an jedem Stück vermerkt.

Mein Manufakturwaren-Geschäft wird in unveränderter Weise fortgeführt.

Max Kraft.

1833

Eine neue politische Streitschrift

Soeben erschien

„Vom Sozialismus zum Liberalismus"

Wandlungen der Nationalsozialen

Von Paul Göhre.

Agitations-Ausgabe 20 Pfennig.

Unser Parteigenosse hält in dieser Schrift eine gründliche Abrechnung mit unseren „Freunden von rechts", den Nationalsozialen, zu deren Führern er bekanntlich früher selbst gehörte. Er stellt die vielfachen Wandlungen dar, die diese Partei in der kurzen Zeit ihres Bestehens durchgemacht hat und die aus der „sozialgesinnten" lediglich eine „nationale", für Weltpolitik schwärmende Partei gemacht haben.

Die Broschüre wird allen Genossen, die in der Agitationsarbeit mit den Nationalsozialen zusammenkommen, vortreffliche Dienste leisten. Wir empfehlen sie daher zur Anschaffung und Weiterverbreitung.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme.

Holzmachers Parquetbohne

1824

Fabrikanten

Holzmacher & Patté

Magdeburg.

Preisgekröntes Fabrikat zum Bohnen von Parquetböden, gestrichenen Fußböden und Linoleum sowie zum Aufpolieren von Möbeln usw.

Allseitig anerkannte Vorzüge:

Desinfizierende Wirkung, milder Geruch, sparsamster Verbrauch.

Zu haben in Büchsen à **50 Pfg.** und **1 Mk.** in den meisten besseren Kolonialwaren-Handlungen 2c.

Vor Nachahmungen wird gewarnt! Man achte auf die Schutzmarke!

1881

Laval-Wichse

giebt unvergleichlich schönen Glanz.

Ueberall zu haben.

Blutarmen

Kranken u. Schwachen

ist am besten geholfen mit feurig süßem

Santa Lucia

Kraft-Rotwein

¾ Liter 1.50 und 2.00 Mark.

Verkaufsstellen durch bewegliche Figuren und Plakate kenntlich.

2019

Böhmische Braunkohle

von unserem Winterlager bei **Louis Droz, Rogätzerstr. 22,** liefern wir zu folgenden Preisen: 1959

ab **Lager 60 Pf.**
frei **Haus 65 „**
frei **Keller 70 „**
p. Ctr.

Kleine Posten **unter** 20 Centnern werden nur Montags und Donnerstags frei Haus und frei Keller abgeliefert.

Annahmestellen für Bestellungen und Zahlungen haben folgende Herren: Kgl. Bahnmstr. a. D. **W. Leue,** Agnetenstr. 20, **Louis Droz,** Rogätzerstr. 22, **Scholze,** Schönebeckerstr. 95; **die Cigarrenhändler: Hahne,** Breiteweg 160/162, **Brandt,** Breiteweg 246, Haselbachtl., **Schröder,** Olvenstedterstr. 43, **Wulsch,** Halberstädterstr. 39; **die Gastwirte: Würdig,** Weinberg 36, **Buchlow,** Katharinenstraße 5, **Brückner,** Gr.-Ottersleben, **Hildebrandt,** Diesdorf.

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.

Möbel 592

Spiegel u. Polsterwaren

Ganze Ausstattung von 150 Mark an bis zu den elegantesten empfiehlt

C. Dittmar Tischlermeister

Tischlerkrugstraße Nr. 26.

Zur Beachtung!

Allen meinen Kunden und Freunden zur Nachricht, daß sich meine Wohnung jetzt 2047

Schulstrasse 44

befindet.

Fr. Jäger, Herrenkleidermacher.

Ausverkaufspreise in 1872

Schuhwaren

für Januar und Februar finden Sie in den besten Fabrikaten bei

Wilh. Brandt

Buckau, Ecke Gärtnerstr.

Sie erhalten

Vertikows

einzeln mit

5 Mark Anzahlung

und wöchentlich

5 Mark Abzahlung.

Hermann Liebau

Breiteweg 127 F119

Ecke Schrotdorferstr., gegenüber der Katharinenkirche.

Gänsepökelfleisch

bei [1922] **Moritz Weinberg.**

Kartoffeln Dabersche blaßrote u. Magnum bonum

liefert bill. **W. Hoff,** Rogätzerstr. 33a

F. Wille, Knochenhauerufer str. 84.

Kanarienweibchen kaufe z. höchst. Preisen. **Seyfert,** Tischleckrugstr. 7.

Gänse (zerlegt) 1923

Gänseklein 2c.

bei **Moritz Weinberg**

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims Neueweg 1/2.

Donnerstag: Hagebuttensuppe oder Capagesuppe, Hammelbraten, Butterbohnen, Salzkartoffeln oder Schmorkohl.

Freitag: Kartoffelsuppe, Bratschollen und Kartoffelsalat, oder Hafergrützsuppe, Mohrrüben und Schweinefleisch.

Sonnabend: Brühsuppe m. Prinzeßklößchen, Rindfleisch und Rosinensauce oder Milchreis und Bratwurstklöße.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61.

Donnerstag: Linsen mit Rindfleisch.
Freitag: Schellfisch, Salzkartoffeln und Mostrichsauce.

Kaiser-Panorama

Filiale Berlin-Passage

Magdeburg, Breiteweg 134, I

geöffnet 1897

von morgens 9 bis abends 10 Uhr.

Diese Woche:

Das interessant. Bamberg und dessen malerische Umgebung.

Interessante Reise in Frankreich von Albertville bis Concarneau.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

bringt u. a. in **Nr. 18** nachstehendes:

Fr. Mehring, Einiges zur Parteigeschichte.
Max Bach, Beiträge zur Geschichte der Internationale.
Herm. Molkenbuhr, Zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung. II.
F. W., Die Streiks in Oesterreich.
E. Wurm, Sozialpolitische Umschau. Splitter.
Th. Lessing, Ueber Goethe.

Preis pro Nummer 25 Pfennig

einzeln zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

Großer Möbel-Ausverkauf.

10 Prozent Rabatt bis 20. Februar.

Wegen **Umbau meiner Möbelspeicher** muß das **ganze Lager** schnellstens geräumt werden. 2044

Günstigste Gelegenheit für Brautpaare und Möbelverkäufer.

Größte Auswahl in:

Garnituren, Buffets, Zierschränken, Trumeaus, Sofas, Bettstellen, Küchenmöbeln, Luxusmöbeln usw. usw. — Vollständige Salons, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer.

Gekaufte Möbel können frei lagern.

Möbelfabrik und Magazin

W. Schottstedt, Magdeburg

Gr. Münzstraße 2, nahe am Breitenweg.

Senden Sie uns Ihre Adresse, und wir senden Ihnen

ohne Kaufverbindlichkeit und portofrei

Ansichts-Sendung der „Modernen kaufmännischen Bibliothek"

damit Sie diese für den Kaufmann unentbehrliche Sammlung aus eigener Anschauung kennen lernen.

Dr. jur. Ludwig Huberti

Verlag der „Modernen kaufmännischen Bibliothek"

Leipzig, Johannisplatz 35.

Für Kaufleute!

1299

Burg. Burg.

Allen werten Freunden und Bekannten zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich mit dem heutigen Tage die Bewirtschaftung des Restaurants

Zur guten Quelle

Koloniestrasse 19

übernommen habe. **Für gute Speisen und Getränke werde ich stets Sorge tragen** und bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Burg, den 4. Februar 1902. Achtungsvoll 2046

Otto Schade.

General-Versammlung

der Mitglieder der Neustadt-Magdeb. Maurergesellen-Kranken-Unterstützungskasse

(Eingeschriebene Hilfs- und Zuschußkasse)

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 11 Uhr im Restaurant Bartels, Fabrikenstr. 5/6.

Tages-Ordnung: 640

1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.

Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Es werden gesucht:

Tüchtige Köchinnen und Hausmädchen, Mädchen für alles, Kindermädchen, Landwirtschafterinnen, einf. Stützen und Kinderfräuleins.

Stellung suchen:

Viele gelernte und ungelernte Arbeiter, Kutscher, Hausdiener, Haus- und Laufburschen, ferner Mädchen für alles mit und ohne Kochkenntnisse, Kindermädchen, Kinderfräuleins Aufwartungen und Waschfrauen.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Kl. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3½—7½ Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse

---

2 Lehrlinge für Damen- und Kinderkleider sofort gesucht [2050

Frau **Keil,** Buckau, Klosterbergestr. 5

August Schumm

Sudenburg F119

Braunschweigerstr. 19.

Krankenkasse Merkur, E. H.

genügt **jedem** Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bureau: **Rothekrebsstr. 22.** Vertreter in Burg: O. Hübotter, Zerbster Chaussee.

Walhalla.

Kolossaler Erfolg

des

neuen amusanten Specialitäten-Programms.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 6. Februar 1902

Zum 1. Male:

Ihr Gott.

Dramain 3 Aufzügen von Lu Volbeh

Vorher:

Sie hat ihr Herz entdeckt.

Cirkus Variété.

In den Nebenräumen täglich großes

Familien-Konzert

ausgeführt von zwei Kapellen.

Entree frei.

Standesamt.

Magdeburg, 4. Februar.

Geburten: Erna, T. des Arb. Alb. Hill. Ernst, S. des Lederfärbers Karl Müller. Erich, S. des Geschäftsreisenden Max Heinecke. Erwin, S. des Buffetiers Albert Buschang. Elfriede, T. des Eisenb.-Sekret. Friedrich Ziese. Richard, S. des Handelsmanns Rich. Pommer. Margarete, T. des Fleischermeisters August Fritzsche. Wilhelm, S. des Schutzm. Wilh. Grote, Julius, S. des Arb. Gustav Schramm. Karl, S. des Schuhmachermeisters Karl Beyes.

Todesfälle: Wilhelm Giese, ehem. Schuhmacher, 77 J. 21 T. Hermine geb. Börsch, Ehefrau des Töpfermeisters Karl Mesch, 47 J. 1 M. 2 T. Klara Peters, unverehel., 20 J. 1 M. 17 T. Friederike geb. Zander, Ehefrau des Kutschers Ludwig Lägel, 58 J. 9 M. 24 T.

Neustadt, 4. Februar.

Aufgebot: Brauer Bernhard Aug. Schmengler mit Bertha Hermine Luise Westphal.

Geburten: Paul, S. des Heizers Heinr. Walter. Erna, T. des Tapezierers Alb. Heinemann.

Todesfälle: Frieda, T. des Eisenbohrers Emil Meseck, 5 M. 21 T. Gustav, S. des Arbeiters Albert Bäse, 14 T. Eisenbahnarb. Hugo Düntzsch, 65 J. 11 M. 29 T. Hermann, S. des Arbeiters Otto Bauer, 11 M. 18 T.

Sudenburg, 4. Februar.

Eheschließung: Arb. Bernh. Friese mit Wilhelmine Ritter.

Geburten: Martha, T. des Schlossers Heinrich Frohn. Karl, S. des Schuhm. Karl Quandt.

Todesfälle: Ww. Bögershausen, Marie geb. Wallbraun, 74 J. 2 M. 10 T. Luise geb. Beierlein, Ehefrau des Formers Ferd. Ferchland, 21 J. 3 M. 25 T.

Buckau, 4. Februar.

Aufgebote: Kutscher Friedr. Wilh. Richard Bischner mit Emilie Lattorf. Techniker Ernst August Rieschel mit Klara Urbach. Ingen. Friedr. Rich. Linde hier mit Elisabeth Wiebeck in Magdeburg.

Geburten: Erich, S. des Arb. Christoph Ahlfeld. Elisabeth, T. des Schlossers Karl Schlüter.

Aschersleben, 3. Februar.

Geburten: T. des Musikers Louis Winter. T. des Bergarbeiters Wilhelm Friedrich. T. des Maurers Friedrich Knibbicke. T. des Schmieds Karl Stänber. T. des Kutschers Franz Meißner. T. des Geschirrführers Otto Schnurre.

Staßfurt.

Aufgebot: Arbeiter Friedrich Koslowski hier mit Christiane Bertha Kunze in Egeln.

Eheschließung: Feilenhauer Karl Schäfer mit Hedwig Hartung hier.

Geburten: S., unehelich. T. des Arb. Anton Napierala. T. des Bergmanns Paul Krüger. S. des Schlossermeisters Willibald Eckhardt. T. des Maurers Hermann Kohl. T. des Kesselschmieds Herm. Schulze. T. des Bergarbeiters Karl Voigt.

Todesfälle: Luise Gast, 10 M. Schriftsetzer Wilhelm Ulrich, 19 J. 11 M. Karl Pfeffer, 5 M. Bergmann Josef Kasperschinski, 55 J. 8 M. Otto Stange, 2 J.